

Einberufung von Reserve-Offizieren im Reich des „Friedenskanzlers“ Hitler.

Berlin, 14. Juni. Für den 1. Juli sind, wie wir schon von bestunterrichteter Seite erfahren, 5500 frühere Armeeeoffiziere und 350 frühere Seeoffiziere zu sechs- bis achtwöchentlichen Übungen im Rahmen der Reichswehr, beziehungsweise der Reichsmarine einberufen worden. — Die Nominierung dieser Offiziere nach militärischen, politischen Gesichtspunkten erfolgte durch die Offiziers-Verbände, in erster Linie den „Nationalverband deutscher Offiziere“, den „Deutschen Offiziersbund“ und den „Marine-Offiziers-Verein“; Voraussetzung ist, daß jeder der Offiziere Vorkriegsausbildung besitzt und den Krieg wenigstens während zwei Jahren an der Front mitgemacht hat. Die Betroffenen müssen gesund und mindestens garnisondienstfähig sein. Die Prüfung nach politischen Gesichtspunkten erfolgte durch die örtlichen Dienststellen der nationalsozialistischen Partei; in erster Linie sollen solche Offiziere ausgewählt werden, die der Hitlerpartei schon vor dem 30. Jänner d. J. angehört oder ihr nahegekommen haben. Offiziere, die nicht der Hitlerpartei oder der Deutschnationalen Partei angehören oder nicht nachweislich mit diesen Parteien seit längerer Zeit sympathisieren, sind ausgeschlossen.

Die am 1. Juli beginnenden Übungen werden sechs Wochen in Anspruch nehmen. Die Offiziere sollen ihrem früheren Rang entsprechend beschäftigt und fortgebildet werden; ihre Einweisung, Unterbringung, Verpflegung und Befolgung erfolgt von Staatswegen. Frühere (also kaiserliche) Uniformen können getragen werden gegen entsprechende Vergütung. Am 15. August d. J. soll ein zweiter Kursus für die gleiche Anzahl von Offizieren beginnen; dieser zweite Kursus endet am 1. Oktober. Für diesen zweiten Kursus und für die Zukunft werden bei jedem Reichswehr- und Reichsmarine-Kommando besondere Ausschüsse zur Prüfung der Anwärter gebildet; diese Ausschüsse bestehen aus je einem Vertreter der Offiziersverbände, der Reichswehr, bzw. der Reichsmarine und einem Bevollmächtigten der nationalsozialistischen Partei. Ein dritter Kursus ist für das laufende Jahr vorerst nicht vorgesehen.

Dortmunder „Kampfring“ aufgelöst.

Dortmund, 15. Juni. Der Polizeipräsident hat gestern den deutschen nationalen Kampfring für den Präsidialbezirk Dortmund auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat sowie des Polizeiverwaltungsgesetzes aufgelöst. Es wurde festgestellt, daß etwa 75 der neu aufgenommenen Kampfringmitglieder noch bis März 1933 zur SPD oder KPD gehörten. Teilweise handelte es sich sogar um ehemalige Funktionäre der SPD und, so wird behauptet, um solche Leute, die sich noch im März an Überfällen auf SA-Leute beteiligt hatten. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sowie im Interesse der ungehinderten Durchführung der nationalen Revolution hatte dieses Verbot ergehen müssen. Es soll dabei anerkannt werden — heißt es schließlich in dem Polizeibericht — daß die Führung des Kampfringes eine direkte Schuld an den vorhandenen Zuständen nicht trifft.

Reichsdefizit mindestens 3,8 Milliarden

Berlin, 14. Juni. In der heutigen „Vossischen Zeitung“ veröffentlicht der frühere Ministerialdirektor Dr. Brecht vom preussischen Staatsministerium einen detaillierten Artikel über die Finanzlage des Reichs. Brecht erklärt hierbei, daß man dem „sichtbaren“ Defizit auch die unsichtbaren Posten hinzufügen müsse, wenn man brauchbare Ergebnisse erhalten wolle; zu diesen unsichtbaren Posten rechne Brecht in erster Linie die Papenschen Steuergutscheine, die Schatzscheine, die Kautionsen des Reichs für Banken und Industrien und gewisse Kredite für die Durchführung öffentlicher Arbeiten. Dann würde sich ergeben, daß das tatsächliche Defizit nicht, wie der Reichsfinanzminister kürzlich erklärt habe, 1,8 Milliarden Reichsmark betrage, sondern mindestens 3,8 Milliarden Reichsmark betrage. — Wir sind gespannt, wann man Dr. Brecht wegen dieses mutigen Kampfes gegen staatliche Schönfärberei in Schutzhaft nehmen wird!

Wie man den österreichischen Presseattaché in Berlin behandelte!

Ohne Beispiel in der Geschichte der Diplomatie.

Berlin, 15. Juni. Ueber die Umstände, die die gestrige Festnahme und vorübergehende Inhaftierung des österreichischen Presseattachés Dr. Wasserbaed begleiteten, konnten erst heute nähere Nachrichten gewonnen werden. Darnach spielten sich die Ereignisse folgendermaßen ab: In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch wurde vor 2 Uhr früh an der Wohnung Dr. Wasserbaeds geklopft und drei Polizisten sowie drei SA-Mitglieder verlangten Einlaß. Dr. Wasserbaed schaute es unter dem Hinweis darauf, daß er die Exterritorialitätsrechte genieße, ab, die Türe zu öffnen. Er fügte hinzu, daß er über den Fall seinen Gesandten sowie die österreichische Regierung telephonisch verständigen werde. Nach 3 Uhr früh kehrten die Polizisten und die SA-Mitglieder zurück, brachen die Türe auf und führten Dr. Wasserbaed auf das Polizeipräsidium. Dort wurde der österreichische Presseattaché einige Male nacheinander einem Verhör unterzogen. Auf die wiederholte Erklärung Dr. Wasserbaeds, er sei durch das Exterritorialitätsrecht geschützt, antwortete der verhörende Kommissar, daß ihm das nichts angehe. Dann wurde Dr. Wasserbaed in eine Zelle

abgeführt, die er mit fünf anderen zu verschiedenen Strafen verurteilten Häftlingen teilen mußte. Da sich Dr. Wasserbaed ausruhen wollte, ersuchte er um eine Bettdecke. Der Wächter lehnte es jedoch ab, diesem Wunsche zu entsprechen und erklärte, er könne eine Decke nur in dem Falle bringen, wenn dies der Arzt verordnen würde, der aber erst am Vormittage komme. Gegen 9 Uhr vormittags wurde Dr. Wasserbaed in eine leere Zelle überführt, wo er einschlief. Kurz darauf kam ihn aber der Wächter weden und teilte ihm mit, daß man am Tage im Gefängnis nicht schlafen dürfe und nach den Vorschriften auf der Bank sitzen müsse. Hierauf kam sich der Wächter noch einige Male überzeugen, ob Dr. Wasserbaed seiner Weisung Folge leiste. Schließlich wurde der österreichische Presseattaché gegen Mittag neuerlich dem Polizeikommissar vorgeführt und mußte eine Erklärung unterschreiben, daß er auf die Exterritorialitätsrechte verzichte und sich verpflichte, vor seiner Abfahrt aus Deutschland keine öffentliche Erklärung abzugeben.

Anschlag auf das Fernkabel nach Wien. Telephonleitungen vom Semmering aus gestört.

Graz, 15. Juni. (M.) Das Verstärkeramt des Postamtes in Bruck a. d. Mur bemerkte heute um 2 Uhr früh Störungen in den Fernleitungen nach Wien. Die sofort vorgenommene Untersuchung führte zur Ausdeckung eines Anschlages auf das Fernkabel nach Wien und auf das Bezirkskabel Semmering-Mürzschlag. Der Anschlag auf die beiden Kabellösungen wurde ein Kilometer außerhalb der Ortschaft Steinhaus am Semmering ausgeführt. An dieser Stelle war ein ein Meter langes und 40 Zentimeter breites Loch bis zu dem einen Meter tief in der Erde liegenden Kabellanal ausgehoben und die im Kanal eingeschlossenen zwei Kabel mit einem Krampen beschädigt worden. Das Bezirkskabel wurde vollständig durchtrennt,

das Fernkabel schwer beschädigt. Sämtliche Telephonleitungen nach Wien sind gestört. Im Laufe des Vormittags konnten einige Andern provisorisch wiederhergestellt werden.

Dollfuß und Großmaul Eine Erklärung des Bundeskanzlers

London, 15. Juni. (Reuter.) In einem Interview mit einem Vertreter des Reuter-Büros erklärte heute der österreichische Bundeskanzler Dr. Dollfuß, die Nationalsozialisten in Oesterreich begingen derzeit Terrorakte, um den Eindruck zu erwecken, als ob die österreichische Regierung nicht Herr der Lage sei. Der Bundeskanzler bedauerte ferner, daß alle Maßnahmen der Wiener Regierung gegen die NSDAP. Oesterreichs fälschlicherweise als unfreundliche Akte gegen das Deutsche Reich angesehen werden und erklärte, daß die Haltung der österreichischen Regierung gegenüber der NSDAP. Oesterreichs eine Angelegenheit von rein innerösterreichischem Interesse sei. Um die gegenwärtige Spannung zu beseitigen, sei guter Wille von beiden Seiten notwendig und bei Oesterreich sei der gute Wille bestimmt vorhanden.

und eine Antwort aus Berlin

Zu diesen Ausführungen des österreichischen Bundeskanzlers fügt das offizielle Berliner Wolff-Büro hinzu: Die Behauptung der österreichischen Regierung, als ob ihr Vorgehen gegen ihre eigenen Staatsangehörigen in Deutschland als unfreundlicher Akt gehalten werde, geht fehl. Die deutsche Regierung betrachtet diesen Teil der Maßnahmen der Regierung Dollfuß als eine innerösterreichische Angelegenheit. Als eine innerösterreichische Angelegenheit kann es aber nicht angesehen werden, wenn die österreichische Regierung Reichsdeutschen in Oesterreich das Tragen von Saletkreuzen verbietet, wenn sie Reichsdeutsche ihrer nationalsozialistischen Parteizugehörigkeit halber verhaftet oder schließlich unter

Weitere Terrorakte.

Wien, 15. Juni. Die Terrorakte, von denen Wien seit dem ersten Bombenanschlag heimgesucht wird, fanden auch in der vergangenen Nacht ihre Fortsetzung. Es wurden insgesamt 14 weitere Telephonzellen unbrauchbar gemacht, insbesondere im 19., 14., 15. und 5. Bezirk. Im 17. Bezirk wurden einige Auslagefenster eingeschlagen.

Bruch des Völkerrechtes den Presseattaché der deutschen Gesandtschaft in Wien ins Gefängnis sperrt. Hier liegt, wie heute mittags von Reichsminister Dr. Goebbels den Vertretern der deutschen Presse auseinander gesetzt worden ist, die wahre Ursache des Konfliktes. Der gute Wille, diesen Konflikt zu beseitigen, den Herr Dollfuß von der deutschen Regierung fordert und als bei ihm vorhanden in Anspruch nimmt, leuchtet aus solchen Handlungen nicht hervor.

1142 Nazis in Oesterreich verhaftet. Darunter 387 Staatsbeamte.

Wien, 15. Juni. Heute liegen die ersten zusammenfassenden Berichte über die durch die Terrorakte der Nationalsozialisten notwendig gewordene Säuberungsaktion im gesamten Bundesgebiet vor. Nach diesen Berichten sind bisher 1142 nationalsozialistische Funktionäre verhaftet und den zuständigen Gerichten eingeliefert worden. Die abschließenden Berichte aus dem Burgenlande, aus Salzburg und Vorarlberg sind noch ausständig. Die meisten Verhaftungen erfolgten in Niederösterreich und dann in Steiermark. Unter den 1142 Verhafteten befinden sich 387 Staatsbeamte, weiter 81 Bürgermeister, 47 Staatsräte, 111 Gemeinderäte, 214 Bezirksfunktionäre, 37 Gendarmeriebeamte, 21 Soldaten und Unteroffiziere, 7 Richter und 3 Staatsanwälte, 41 Lehrer, 37 Rechtsanwälte, 61 Eisenbahner, 47 Landesbeamte usw. Im Verlaufe des heutigen Tages wurden in Vregenz und in Dornbirn 2 nationalsozialistische Landtagsabgeordnete zur Polizei vorgeführt und einem Verhör unterzogen, später aber wieder freigelassen. Auf Schloss Hardegg wurde die dort befindliche SA-Führerschule aufgelöst. Der Schlossbesitzer Graf Johann Hardegg wurde verhaftet und dem Kreisgerichte in Rorneuburg überstellt.

Neuer Zolltarif.

Auf Grund des wirtschaftspolitischen Ermächtigungsgesetzes wird nun als erste Verordnung der Regierung, welche Gesetzeskraft hat, der neue Zolltarif kundgemacht. Es geschieht dies mit Hilfe einer Regierungsverordnung und nicht auf dem üblichen parlamentarischen Wege deswegen, weil der tschechoslowakische Zolltarif geregelt sein muß, bevor es auf der gegenwärtig in London tagenden Weltwirtschaftskonferenz zu einem internationalen zollpolitischen Abkommen, bzw. zu einem Zollwaffenstillstand kommt.

Die Art, wie heute die zollpolitischen Fragen geregelt werden, entspricht nicht den Grundgedanken der Sozialdemokratie, welche die zollpolitische Entwicklung der letzten Jahre als verderblich ansieht. Die Nachkriegszeit hat eine noch nie dagewesene Entwicklung zu dem Hochschauß gebracht, wodurch die Länder wirtschaftlich immer mehr voneinander abgeschlossen werden und das allgemeine Preisniveau erhöht wird. Demgegenüber entspricht es den Interessen des Proletariats, zu einer weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung zu gelangen, bei welcher alle Waren dort erzeugt werden, wo sie am billigsten hergestellt werden können. Das hätte ein allgemeines Sinken des Preisniveaus zur Folge, wobei die Bedürfnisse der Menschen insbesondere der breiten Massen am reichlichsten befriedigt werden könnten. Aber die Sozialdemokratie hat heute nicht die Macht, ihr zollpolitisches Programm durchzusetzen. Die von der ländlichen und städtischen Bourgeoisie geförderten schutzzöllnerischen Kräfte sind stärker als jene zollpolitischen Bestrebungen, die den Interessen der breiten Massen entsprechen.

Dazu kommt noch, daß die Tschechoslowakei als einzelner Staat schwer den Ring der hochschutzzöllnerischen Staaten durchbrechen kann. Die gegenwärtige Regierung der Republik ist eine Koalitionsregierung, in der die Sozialdemokratie nicht allein entscheidet, sondern in der immer wieder das Einvernehmen zwischen den bürgerlichen und sozialistischen Parteien der Regierung gesucht werden muß. Die Spuren dieser Zusammenarbeit trägt auch die neue Zollverordnung. Das kommt auch darin zum Ausdruck, daß ursprünglich die Agrarier enorme Forderungen nach Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle gestellt haben, daß aber im Laufe des zähen Kampfes, der in den letzten Tagen um jede Position des Zolltarifes geführt wurde, eine Herabsetzung der ursprünglich höheren Forderungen der Zollinteressenten durchgesetzt werden konnte, so daß es sich im allgemeinen nur um mäßige Sinaufhebung einiger Zollsätze handelt.

Von den etwa 600 Posten des Zolltarifes sind ungefähr ein Viertel, genau 167 Zollsätze geändert worden. Die Grundsätze, von denen man hierbei ausging, waren, daß kein Zoll von industriellen Rohstoffen erhoben werden dürfe, damit die industrielle Produktion nicht verteuert werde und daß auch die Zölle von Halbfabrikaten sich in mäßigen Grenzen halten, daß der Abschluß von Handelsverträgen nicht verhindert und das Interesse der Konsumenten geschützt werde. Wenn z. B. auch einige Zölle von Nahrungsmitteln erhöht worden sind, so fällt dies nicht besonders ins Gewicht, so ist zwar der Zoll auf Weizen erhöht worden, aber tatsächlich nur dadurch, daß die bisherigen Gebühren, die dem Getreidesyndikat zu entrichten waren, nunmehr in den Zoll eingerechnet werden. Auch an den Zollsätzen hat sich nicht viel geändert. Dagegen wurde der Zoll auf Eier und insbesondere der auf Fett hinaufgesetzt. Die Erhöhung des Eierzolles hat keine besondere Bedeutung, weil Eier gegenwärtig nicht in großen Mengen eingeführt werden und der Margarinezoll, bei dem die Erhöhung beträchtlich ist, kann nicht in Kraft treten, weil er vertraglich gebunden ist. Uebrigens ist beim Weizenzoll auch nicht an den Schutz der Konsumenten vergessen wor-

den, indem bestimmt wurde, daß der Zoll herabgesetzt wird, wenn der Preis des Weizens 175 K übersteigt. Der Grundsatz des gleitenden Zolles, der einen Ausgleich zwischen den Interessen der Agrarier und der Konsumenten darstellt, ist also aufrecht erhalten geblieben.

Wenn man sich über die Bedeutung einer Neuregelung des Zolltarifes klar werden will, darf man nicht vergessen, daß von der Höhe der Zölle allein die Preise der Waren und die Einfuhrmöglichkeiten nicht abhängen. Wir leben in einer Zeit, wo eine ganze Reihe von Staaten, auch die Tschechoslowakei, die Devisenbewirtschaftung eingeführt haben, wo also nicht jeder Importeur der Devisen erhält, die er zur Bezahlung eingeführter Waren braucht. Die Menge der eingeführten Waren — und damit auch ihr Preis, — hängt also nicht nur von der Höhe des Zolles, sondern vor allem von der Menge der Devisen ab, die zwecks Einfuhr zur Verfügung gestellt werden. Solange die Zwangsbewirtschaftung der Devisen andauert, — und das Ende dieser Zwangs-

wirtschaft ist trotz der Londoner Konferenz noch nicht abzusehen, — solange verlieren die Zölle ihren ausschlaggebenden Einfluß auf die Gestaltung der Preise im Inlande.

Es ist die Aufgabe der Sozialdemokratie, allen Versuchen, die Zollverordnung zu irgend welchen, wenn auch nur augenblicklichen Preissteigerungen auszunützen, entgegenzutreten. Die Regierung hat die Aufgabe, sowohl die augenblicklichen Börsenspekulationen, in denen versucht wird, die Preise zu steigern, zu verhindern, als auch sonst den Einfluß auf die Preise auszuüben, den ihr das Ermächtigungsgesetz nunmehr gestattet. Mit dem Ermächtigungsgesetz hat die Regierung die Möglichkeit bekommen, nicht nur den neuen Zolltarif herabzusetzen, sondern auch die Preise zu beeinflussen. Dies kann durch ein Kartellgesetz sowie durch andere Maßnahmen der politischen Verwaltung geschehen. Hier erwächst der Regierung eine Aufgabe, auf deren Erfüllung die sozialistischen Parteien in der nächsten Zeit drängen werden.

Internationale Konferenz über Arbeitszeitverkürzung.

Die Unternehmer verschleppen die Verhandlungen.

Genf, 15. Juni. Die Internationale Arbeitskonferenz hat heute einen Ausschuss zur Prüfung der Berichte über den Kollektivvertrag in der Landwirtschaft gebildet. Die Tschechoslowakei ist mit der Regierungsgruppe vertreten, für die Arbeitgeber ist Dr. Vaneček im Ausschuss, sein Vertreter ist Dubický.

Der Ausschuss zur Prüfung der Anträge hat dem italienischen Arbeiterdelegierten Rizzo einen Platz zugewiesen.

Der Ausschuss für Alters-, Invaliditäts- und Hinterlassenschafts-Versicherung hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, den nationalen gesetzgebenden Körperschaften die Entscheidung darüber zu überlassen, ob Angestellte mit ungewöhnlich hohen Gehältern von den Verpflichtungen der Sozialversicherung befreit werden sollen. Von diesen Verpflichtungen sollen weiter auch die nur zeitweise Beschäftigten, jugendliche Arbeiter, die das festgesetzte Alter noch nicht erreicht haben oder alte Angestellte, welche das vorgeschriebene Alter bereits überschritten haben sowie Angehörige der Familie des Arbeitgebers befreit werden.

Im Ausschuss für Arbeitszeitverkürzung beantragte heute der holländische Arbeitgebervertreter, daß die Regierungen der einzelnen Staaten in dem ihnen vorzuliegenden Fragebogen einen genauen Bericht über die Lage im Hinblick auf die Arbeitszeitverkürzung erstatten sollen. Die Arbeitgeber verlangen, daß die Regierungen, insbesondere nachstehende Fragen beantworten: Zahl der beschäftigten und der beschäftigungslosen Arbeiter; gegenwärtige wöchentliche Arbeitszeit; Methoden der Arbeitszeitverkürzung; die Lage in der Saisonindustrie; die landwirtschaftliche Gruppe fordert ferner, daß die Regierungen mitteilen, welchen Einfluß die Kürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche auf die Arbeitslosigkeit ausüben wird, wie sie den Arbeitsmarkt beeinflussen wird, und zwar je nachdem, ob Stundenlohn oder Stücklohn vorliegt. Die Regierungen sollen auch mitteilen, in welchem Maße eine Beeinflussung der Produktionskosten und der gesamten Volkswirtschaft des Staates erfolgen wird, welchen Einfluß die Arbeitszeitverkürzung auf die Sozialversicherungssysteme und auf die technische Möglichkeit, die 40stündige Arbeitswoche zur Geltung zu bringen, haben wird.

einflussung der Produktionskosten und der gesamten Volkswirtschaft des Staates erfolgen wird, welchen Einfluß die Arbeitszeitverkürzung auf die Sozialversicherungssysteme und auf die technische Möglichkeit, die 40stündige Arbeitswoche zur Geltung zu bringen, haben wird.

Mehrere Regierungen- und Arbeitervertreter haben der Arbeitgebergruppe zum Vorwurf gemacht, daß sie die Verhandlungen durch die Stellungnahme neuer Anträge betreffend neue Enquêtes überflüssigerweise und absichtlich in die Länge ziehen. Demgegenüber billigte der britische Regierungsdelegierte Leggett eine gründlichere Behandlung des ganzen Problems.

Allgemein konstatiert man, daß die Bestrebungen der Vertreter der landwirtschaftlichen Gruppe zu dem Stadium zurückzuführen, da die Frage der Arbeitszeitverkürzung erst angeschnitten wurde. Die Arbeitgebergruppe erachtet nämlich die Entscheidung der Konferenz über die Arbeitszeitverkürzung für sie als nicht günstig. Man behauptet, daß, auch wenn die Konvention nicht bald ratifiziert würde, ihre eventuelle Annahme im Jahre 1934 einen großen Erfolg der Arbeiterschaft bedeuten würde.

„Der Viererpakt versagt bei der ersten Belastungsprobe“

Paris, 15. Juni. Der sozialdemokratische Führer Léon Blum bedauert im heutigen „Populaire“, daß der Viererpakt, der „Pakt der Verständigung und der Zusammenarbeit“, bei der ersten Belastungsprobe in Genf versagte; die vier Großmächte konnten sich über die vierzigstündige Woche nicht einigen, so daß Italien und Frankreich dafür, Deutschland und Großbritannien aber dagegen stimmten. Die französischen Sozialisten würden gewünscht haben, sagte Blum, daß die vier Großmächte in dieser wichtigen Fragen einig sind und der Welt ein leuchtendes Beispiel geben.

Brandmarkung Dr. Leys.

Genf, 15. Juni. Die Affäre des Staatspräsidenten Dr. Leys stört noch immer die Verhandlungen der Internationalen Arbeitskonferenz. Die Arbeitergruppe nahm einstimmig eine Resolution an, in der sie die beleidigende Erklärung Dr. Leys gegenüber den Vertretern der Arbeiterschaft und gegenüber den südamerikanischen Staaten verurteilt. Die Arbeitergruppe hat vor diesem ihrem Einschreiten die Richtigkeit der Presse-meldungen über Leys' Aussprüche sich ordentlich beglaubigen lassen und aus der Zeugnishaft der übrigen bei der Unterbrechung Leys' entgegen gewesenen Journalisten entnommen, daß Dr. Leys tatsächlich die Beleidigungen über die Arbeiterschaft und die südamerikanischen Staaten vor den deutschen Pressevertretern ausgesprochen hat. Die Arbeitergruppe verurteilt in ihrer Resolution die niedrigen Beleidigungen Dr. Leys, die genügend Licht auf die Sitten und Gebräuche der deutschen Nationalsozialisten werfen. Um in Zukunft jeder Verbindung mit den Vertretern der Hitlerleute auszuweichen, beschloß die Arbeitergruppe, die Anwesenheit der deutschen Delegierten in den Sitzungen der Arbeitervertreter nicht weiter zu dulden. Außerdem beschloß die Arbeitergruppe bei der nächsten Gelegenheit, den Fall im Plenum der Internationalen Arbeitskonferenz vorzutragen, um so vor der ganzen Konferenz ihrer Erbitterung Ausdruck zu geben und gegen eine derartige beleidigende Handlungsweise zu protestieren.

Heute nachmittags sprach der belgische Delegierte Mertens für die Arbeitergruppe vor den Pressevertretern über die Affäre Leys. Er stützte die Beweggründe auf, die die Arbeiterdelegierten zu diesem Beschluß führten und hob hervor, daß das Verhalten der Arbeiterschaft auf der Internationalen Arbeitskonferenz stets höchst korrekt gewesen sei. Er verurteilte u. a. auch die Tatsache, daß die Deutschen auf die Arbeitskonferenz für die Arbeiter Leys' gegen seinen Willen entsandten. Einige Delegierte versichern, Leys' sei angebroht worden, er werde neuerlich ins Konzentrationslager gebracht werden, wenn er die deutsche Arbeiterschaft nicht in Genf vertreten werde.

Eine neue Erklärung der Reichstagsaktion.

Berlin, 15. Juni. Wie das Nachrichtenbüro des Vereines deutscher Zeitungsverleger meldet, hielt der sozialdemokratische Parteivorstand eine Sitzung ab, über deren Ergebnis folgender Beschluß mitgeteilt wird:

„Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mißbilligt ausdrücklich alle vom Auslande ergangenen im Namen der Partei abgegebenen Kundgebungen und erklärt, daß niemand im Auslande ein Recht habe, im Namen der Partei zu sprechen. Die Vertreter der Parteiorganisationen werden in den nächsten Tagen eine restlose Klärung der Angelegenheit herbeiführen.“

Ein endgültiges Urteil über die Auseinandersetzungen Berlin-Prag wird später nach Abschluß der in der vorstehenden Meldung angeführten Konferenz möglich sein. Einstweilen begnügen wir uns mit der Feststellung, zu der wir schon mehrfach Veranlassung gehabt haben, daß es in Hitlerdeutschland keine freie, die sozialdemokratische Auffassung offen bekennende Stellungnahme gibt. — Die Redaktion.

Die neuen Lebensmittelzölle.

Prag, 15. Juni. Heute wurde die Regierungsverordnung Nr. 96 mit dem Datum vom 13. Juni in der Gesetzesammlung verlaublich. Von den 659 Posten, die der Zolltarif aufweist, werden 25%, d. h. 165, irgendwie abgeändert. Davon betreffen 50 Zolllinien die Landwirtschaft, 150 die Industrie, während 10 Zolllinien beide Gruppen tangieren. Zu bemerken ist, daß eine Reihe dieser geänderten Zolllinien durch Verträge gebunden ist, die beschlossene Aenderung also erst nach Aufhebung der vertraglichen Bindung erfolgen kann. Vorläufig seien nur die wichtigsten Änderungen bei Nahrungsmitteln u. s. w. angeführt.

Von landwirtschaftlichen Produkten wird bei Weizen ein Minimalzoll von 33 K pro 100 Kilo festgesetzt, unter den also der mit 75 K festgesetzte Vertragszoll auch im Verhandlungswege nicht ermäßigt werden darf; der autonome Zoll (gegenüber Staaten, mit denen wir keinen Handelsvertrag haben) soll 100 K betragen. Die übrigen Getreidearten bleiben unverändert. Bei Mais wird der autonome Zoll von 32 auf 50 erhöht, der Vertragszoll von 18 auf 38; hier tritt in Wirklichkeit keine Aenderung ein, weil der Synbitauschlag von 20 K wegfällt. Der Weizenzoll gleicht dem Weizenzoll für 250 Kilo einschließlich der Zuschläge.

Düsen 360 (260), Stiere 360 (260), Kühe 330 (240), Jungvieh 300 (210).

Der Zoll für Geflügel beträgt 160 für lebendes und 350 für geschlachtetes, wird also ungefähr verdoppelt; Wildpret 300 (200); Schweine- und Gansfett, roh: bis Ende 1931 150 (wie bisher), später 180; sinkt der Preis unter 800 K pro Zentner, dann steigt der Zoll auf 200, bzw. mit Anfang 1935 auf 240. Bei ausgeholzenem Schweine- und Gansfett ist der Zoll 200 (ab 1935 300); fällt der Preis unter 1000 K pro 100 Kilo, so wird der Zoll auf 300, bzw. 360 erhöht. Der Zoll für Kunstseife wird von 105 auf 245 erhöht.

Bei Butter werden je nach dem Preis gleitende Zölle eingeführt. Der Zoll beträgt bei einem Preis von 2300 K und mehr pro Zentner 210 K, bei einem Preis von 2000 bis 2300 420, bei einem Preis unter 2000 K 630. Für Milch und Sahne, die bisher zollfrei waren, wird ein Zoll von 40, bzw. 600 eingeführt. Eier 140 (bisher 40), Eigelb 220 (für Industrie zollfrei).

Von landwirtschaftlichen Produkten sind weiters zu erwähnen: Spätkartoffel 30 (bisher zollfrei), Frühkartoffel 200, feine Gemüse 260, Erbsen und Linsen 54 (27), Bohnen 80 (9), Weizen 36 (9), Raps und Delgewächse 60 (9), Rapsöl 250, Lein- und Hanfsamen 40 (9), frisches Kraut 30 bis 60.

Holz (bisher zollfrei): Buchen 5, Nadelholz 4, Eichen 6.

Hanf bleibt wie bisher zollfrei. Die Lieferanten von Textilien an den Staat und öffentliche Ämter werden jedoch gehalten, einen bestimmten Prozentsatz (2 Prozent) der Faktursumme dieser Lieferungen, d. h. heuer schätzungsweise 4 Millionen an einen Fonds abzuführen, aus dem den Flachproduzenten für jeden verkauften Zentner Flaas 30, bzw. 40 K ausbezahlt werden.

Ziemlich umstritten waren die Zölle für künstliche Düngemittel, die von der Industrie vertrieben wurden. Chilesalpeter, der bisher zollfrei war, wird mit 36 verjollt; für die Landwirtschaft steht ein zollfreies Kontingent von 1000 Waggons zur Verfügung. Tomatenmehl bleibt zollfrei, bei anderen Chemikalien erfolgt zum Teil eine Herabsetzung.

Eine detaillierte Darstellung behalten wir uns noch vor.

Die Sache mit Borris

Kriminalroman von Grete Harlow

Alle Rechte vorbehalten

„Na also, Lillian!“
 „Ja, aber Politik? Das sind ja bloß Betriebsangelegenheiten, aber...“
 „Lillian! Ich habe keine Zeit und, weiß Gott, auch keine Kraft, dir ein Privatkolleg über Politik zu halten. Wie es jetzt um mich steht“, er sah plötzlich schlaff und verfallen aus, „ist wirklich jedes Wort Zerrvergeudung. Mein Leben liegt zum Teil in deiner Hand. Sieh zu, was du damit anfängst. Du bist schließlich ein kluges, erwachsenes Mädchen, du wirst nichts unüberlegt lassen.“ Er erhob sich und reichte seinen Körper. „Wo ich heute nacht schlafen werde, brauchst du nicht zu wissen.“
 „Wo wirst du?... Warum? Was hast du...?“
 „Nichts! Kein Grund zur Sorge! Aber ich will“, er sah ihr fest in die Augen, „daß du mit ruhigem Gewissen verneinen kannst, wenn man dich fragt, ob du wüßtest, wo ich mich aufhielte.“
 „Wer soll mich denn fragen, Borris, wer denn?“
 „Die Polizei, Lillian! Also, sei ganz unbesonnen! Sag ruhig, ich sei heute nachmittag bei dir gewesen, mehr wissest du nicht. Adieu, Lilli — Kind.“
 „Borris... aber warte... einen Augenblick, ich... ich, hier, nimm ein paar Brötchen mit... du wirst Hunger bekommen... hast du... oder...“
 Die Tür fiel ins Schloß und Lillian war allein. Ihr rötliches Haar fiel wie ein blutiger Schatten über ihre Stirne. Eine nahe Uhr schlug sieben. Lillian begriff nicht gleich, dann sprang

sie auf. Die Vorstellung begann um 8 Uhr, es war höchste Zeit. Handtasche, Handschuhe, wo? Ach, zerrissen, ein anderes Paar, schnell, Hut, Mantel, Schlüffel, frisches Taschentuch, Puderdose, ein paar Zigaretten, rasch, rasch!! Ein Zettel fiel um, mag er liegen bleiben! Noch ein paar Handgriffe, Haustüre, Stiege, Haustor, Vorgarten, Straße! Endlich 7.23 Uhr.
 „Taxi!“ schrie Lillian, welch glücklicher Zufall! Und zu dem fragenden Chauffeur: „Theater, rasch!“
 Dann sah sie an die weiche Polsterung gelehnt und atmete auf, beinahe fröhlich. Warum auch nicht? Dann erstarrte das Lächeln auf ihrem Munde. „Ja, ja, ja“, sagte sie unwillig und wilde Gedanken stürzten durch Hirn und Herz? Aber wie denn? Nichts denken, jetzt! Nach der Vorstellung war Zeit zum Denken und Handeln. Stopp!
 Der Wagen hielt vor dem lichtdurchfluteten Theater.

2. Kapitel

Vor dem Bühneneingang standen ein paar Kollegen. Sie empfingen Lillian mit lauten Ausrufen:
 „El, sieh da! Große Kollegin!“
 „Im Auto! Da sieht man, wo der wahre Reichtum steht!“
 „Nur immer vornehm! Nobel geht die Welt zugrunde!“
 Lillian lächelte flüchtig und lief nach kurzem Gruße die Treppe hinauf. Gruß auf Gruß folgte, Bühnenarbeiter, Friseur, Musiker, unbeschäftigte Mitglieder, die den Weg verstellten, und beschäftigte, in Kostüm und Maske kreuzten ihren Weg, bis sie endlich in ihrer Garderobe stand, die sie mit drei anderen Damen teilte.
 „Guten Abend!“
 Frau Marchner, die Garderobiere, sah mißbilligend auf die Uhr.

„Halb acht ist vorüber, Fräulein Brand!“
 Und die drei Damen im Chor: „Was ist denn los mit dir?“
 „Ja“, sagte Lillian, vom Stiegensteigen noch ganz atemlos, „ich habe mich verspätet, aber ich habe Zeit bis zum ersten Finale.“ Frau Marchner nahm Hut und Mantel und in wenigen Augenblicken stand Lillian in Hemd und Höschen. Während sie Schminke auflegte, setzte die Friseurin ihr die Perle auf, brante noch ein paar Lockchen, zupfte und kämte, büffelte und lockerte. Es ging alles wie durch Feenhände. Aber die Unterhaltung stockte deshalb nicht.
 „Wo sind denn meine Schuhe?“
 „Das Bündchen hier muß festgesteckt werden!“
 „War schon das zweite Zeichen?“
 „Wieso denn, es ist doch noch nicht 7/8 Uhr.“
 „Dat jemand eine Briefmarke?“
 „Ach du, mit deinen ewigen Liebesbriefen!“
 „Brauchst ihm nicht zu schreiben, er kommt ja doch nicht!“
 „Der hat schon längst eine andere!“
 „Diesen Ton muß ich mir wirklich verbitten!“
 „Wo ist denn mein Dermatograph?“
 „Du hältst ihn ja in der Hand!“
 „Zweites Zeichen, Himmel, Herrgott noch einmal!“
 „Was sagen Sie zu der Kritik?“
 „Na ja, man weiß ja, mit wem der Herr befreundet ist.“
 „Mir kann es ja egal sein. Ich bin ja noch mit einem blauen Auge davon gekommen!“
 „Au!! Sie verbrennen mich ja!“
 „Aber, wieso denn?“
 „So heiß dürfen Sie das Eisen eben nicht verwenden!“
 „Lillian, bist du still oder schweigst du nur?“
 wüßte eine der Kolleginnen.
 „Ach, laß mich doch! Ich habe doch solche Eile!“

„Ist dein Bräutigam heute in der Vorstellung?“
 „Nein, er war doch in der Premiere!“
 „Also, ich muß sagen: die wahre Liebe ist das nicht!“
 „Aber wo ist denn mein Kleid? Ich hatte es doch eben in der Hand.“
 „Wißt du mich die paar Worte überhören?“
 „Ach, gib dir gar keine Mühe. Die zweite Vorstellung ist immer schlecht.“
 „Das ist wirklich wahr! Woher das nur kommen mag?“
 „Was weiß denn ich? Ich bin doch keine Historikerin!“
 „Historikerin! Ha, ha, ha!“
 „Beruhigen Sie sich, werte Dame!“
 „Ach, über dich laß ich mich tot!“
 „Na gut, laß dich durchaus nicht aufhalten!“
 Frau Marchner schien die einzig Vernünftige in diesem Chaos aus Bewegung, Wünschen, Eile und verwickelter Zwicklichkeit. Sie griff zu, wo es not tat, und sie wußte immer ganz genau, welche der vier Damen am meisten das Recht hatte, irritiert und rücksichtslos zu sein, das heißt, welche von ihnen jeweils die größte, schwerste oder verantwortungsvollste Rolle hatte. Wichtigkeit verding bei ihr nicht. Sie wußte Bescheid. Heute war in erster Linie die Soubrette, die die weibliche Hauptrolle spielte und in zweiter Linie Fräulein Brand zu berücksichtigen, die einige Einlagen tonnte, mit einigen raschen Auftritten und unzähligen Unzügen. Nun erlöste das dritte Klingelzeichen und die Garderobe leerte sich, nur, Lillian blieb zurück und puderte ihre Beine. Dann durchschnitt sie leicht erregt und in fröhlicher Gespanntheit den Gang, der zur Bühne führte. Hinter den Kulissen herrschte zellische Geschäftigkeit. Jeder hatte sein bestimmtes Amt, seinen vorgeschriebenen Platz, seinen automatischen Wirkungsfreis.

(Fortsetzung folgt.)

Das Londoner Weltwirtschafts-Redeturnier.

London, 15. Juni. (Reuter.) Der portugiesische Delegierte bei der Währungs- und Wirtschaftskonferenz Damatta billigte den Standpunkt, welchen Großbritannien und die Vereinigten Staaten gemäß den gestrigen Darlegungen des britischen Finanzministers Neville Chamberlain und der Erklärung des Präsidenten Roosevelt in der Frage der Kriegsschulden eingenommen haben. Er bezeichnete dies als glückliches Vorzeichen für einen Erfolg der Konferenzarbeiten. Zum Schluß teilte er mit, daß Portugal dem Zollwaffenstillstand beitrete.

Der chinesische Delegierte, Finanzminister Sun, erklärte: Wenn sich das Lebensniveau Chinas genügend hebt, werde China den größten Konsummarkt der Welt darstellen und so ein entscheidender Faktor für die Wiederherstellung der Prosperität werden. Sun betonte weiters, ein allfälliger Konferenzersolg hätte keinen dauernden Wert, wenn nicht gleichzeitig das Abrüstungs- und das Sicherheitsproblem befriedigend gelöst würden.

Sodann sprach der kanadische Vertreter, Ministerpräsident Bennett, welcher die vom britischen Finanzminister Chamberlain empfohlenen Währungsvorschläge billigte. Kanada akzeptiere den Zollwaffenstillstand für die Dauer der Konferenz, doch spreche er die Hoffnung aus, daß sich die Konferenz nicht damit zufrieden geben werde, den Zollfrieden bei Andauern der gegenwärtigen Verhältnisse zu prolongieren.

Der Vertreter der Türkei, Tevfik Ruchdi Bey, erklärte: Die Türkei wird Maßnahmen zu einer allmählichen Beseitigung des Kontingentsystems treffen und stimmt dem Vorschlag eines wirtschaftlichen Nichtangriffspaktes zu.

Der Sprecher Mexikos Pani erklärte, Mexiko ist bereit, sein Währungssystem einem von der Konferenz etwa empfohlenen internationalen System anzupassen. Es ist auch entschlossen, an der Aktion zur Besserung des Preisniveaus mitzuwirken.

Der griechische Vertreter Maximos stellte die Mitarbeit Griechenlands in Aussicht. Wenige Staaten, sagte Maximos, sind von der Krise mehr betroffen, als Griechenland, das kein Mittel zur Wiederherstellung des Finanzgleichgewichtes außeracht gelassen habe. Es vertraut auf die internationale Solidarität.

Das Konferenzinteresse konzentriert sich jetzt auf die Frage, wer Vorsitzender der Wirtschaftskommission und wer Vorsitzender der Finanzkommission werden wird.

Schuldenfrage verlag.

London, 15. Juni. (Reuter.) Der britische Finanzminister Neville Chamberlain schloß seine Rede im Unterhaus mit einem Ueberblick über die Entwicklung der Frage der amerikanischen Schulden. Er verlas eine Erklärung des Präsidenten Roosevelt, daß es klüger und gerechter sei, alle formalen Schritte in der Schuldenfrage auf eine spätere Zeit zu verlegen. Die Währungs- und Wirtschaftskonferenz sei inzwischen unter den günstigsten Auspizien eröffnet worden und es sei daher unbedingt erforderlich, daß die Konferenz in den ersten Tagen der schwierigen und voraussichtlich langwierigen Diskussion über die Schuldenfrage ausweiche. Im Interesse der allgemeinen Zusammenarbeit habe ich, erklärt Roosevelt weiter, als Amtsperson die britischen Darlegungen über die Ratenzahlung zum 15. Juni zur Kenntnis genommen.

London, 15. Juni. Macdonald erklärte heute nachmittags, daß die allgemeine Aussprache geschlossen sei.

Beifritt der Tschemoslowakei zum wirtschaftlichen Waffenstillstand

London, 15. Juni. Die tschechoslowakische Delegation bei der Weltwirtschaftskonferenz hat heute den Beitritt der Tschemoslowakei zum wirtschaftlichen Waffenstillstand durch folgende Note angemeldet:

„Im Namen der Regierung der Tschechoslowakischen Republik habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die Tschechoslowakei der Resolution des Komitees des Rates für die Organisation der Weltwirtschafts- und Finanzkonferenz vom 12. Mai 1933 bezüglich des wirtschaftlichen Waffenstillstandes beitrete. Diese Erklärung wiederholt nur die Billigung der entsprechenden Resolution des Völkerverbandes, die in der Ratssitzung vom 24. Mai 1931 angenommen wurde.

Gegeben vom Vertreter der Tschechoslowakei in der Interpretation, welche dieser Vertreter dem Sinne und der Tragweite des vorgeschlagenen wirtschaftlichen Waffenstillstandes gegeben hat. Gezeichnet: Dr. Beneš.“

Genossen! Ihr müsst un-
ausgesetzt für
die Verbreitung unserer Zeitung agitieren!
Seht euch überall für unsere Parteipresse ein. In das Heim des Arbeiters gehört die Arbeiterpresse. Darum,
Genossen u. Genossinnen agitiert!

Jeder deutsche Hochschüler muß Hakenkreuzler sein!

Eine haarsträubende politische Hochschul-Verordnung in Deutschland.

Berlin, 16. Juni. Die nationalsozialistische Bewegung stieß bisher bei einem großen Teil der Hochschulljugend auf grundtätliches Unverständnis. Diesem „Mangel“ ist nunmehr nach der Reinigung der Hochschulen von „Nicht-ariern“ durch strenge Verordnungen und Vorschriften abgeholfen worden, die es den Studenten im Wesen unmöglich machen, sich auch weiterhin von der Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten fernzuhalten. Die Folgen dieser Praxis zeigen sich bereits äußerlich in einem großen Anwachsen der nationalsozialistischen Studentenorganisationen während der letzten Wochen. Es gab nicht selten Fälle, wo die Zahl der Mitglieder dieser Organisationen auf das fünf- ja sogar noch Mehrfache gestiegen ist. Ueber die Praxis und die Ziele der nationalsozialistischen Bewegung unter der Hochschulljugend gab eine Tagung des nationalsozialistischen Studentenverbandes in Berlin, die für gestern einberufen war, ein anschauliches Bild. Der Führer der nationalsozialistischen Studentenschaft Kri-

ger teilte mit, daß zur Zeit an der Disziplinarnotwendigkeit für die Hochschulen gearbeitet wird, welche das bisherige Studentenrecht politisch ergänzen soll. In dieser Disziplinarnotwendigkeit wird u. a. die Bestimmung enthalten sein, daß nur derjenige künftig Hochschullstudent bleiben dürfen, der an dem Kampf um die nationale Beseitigung tätigen Anteil nimmt. Die Studentenschaft habe die Pflicht, die nationalsozialistische Bewegung zu dem revolutionären Ziel zu führen. In Einklang werden die Studenten sämtlich verpflichtet sein, an den Wehrübungen teilzunehmen, und zwar mindestens für die Dauer von zwei Semestern. Wer sich dieser Verpflichtung entzieht, wird zum dritten Semester nicht zugelassen. Außerdem werden nur jene Studenten zu Prüfungen zugelassen werden, welche sich darüber ausweisen können, daß sie wenigstens drei Vorträge über das reichsdeutsche Grenzgebiet absolviert haben.

Deutsche Kriegsvorbereitungen.

Rhein-Metallwerke Düsseldorf bauen Luftabwehrgeschütze. Arbeiter werden durch Eid zum Stillschweigen verpflichtet.

(D. S.) Von unserem Düsseldorf-Mitarbeiter wird uns geschrieben:

In den Rhein-Metallwerken wird seit einiger Zeit mit Hochdruck gearbeitet. Täglich werden in diesem Betrieb neue Leute eingestellt. Tag und Nacht wird in diesem Werk geschäftet. Nach den von uns gemachten Feststellungen werden dort Luftabwehrgeschütze produziert.

Von der Betriebsleitung und den behördlichen Stellen wird alles getan, um diese Geschütze in Deutschland nicht den internationalen Abmachungen nicht gestattet ist, geheim zuhalten. Die Auslese der Einstellenden erfolgt nach einem bestimmten System. Jedem Arbeiter, der in den Rhein-Metallwerken nach Arbeit nachfragt, werden die Papiere einbehalten und er bekommt den Bescheid, daß er wegen der Einstellung nach einigen Tagen Nachricht bekommt. Die Papiere des Arbeiters kommen in dieser Zeit zur Kriminalpolizei, wo genaue Ermittlungen über die Persönlichkeit des Arbeiters, insbesondere über seine politische Einstellung gemacht werden. Vor allem werden nur solche Arbeiter eingestellt, bei denen einwandfrei feststeht, daß sie keine Marxisten sind.

Die eingestellten Arbeiter müssen einen Eid ablegen, daß sie über die Vorgänge im Betrieb und die Produktion vollkommenes Stillschweigen bewahren. Zu Zeiten wird mitten in der Arbeitszeit der Betrieb angehalten und die Arbeiter müssen zu einer Betriebsversammlung zusammen kommen, in der der Betriebsführer in einer kurzen Ansprache die Arbeiter auf den von

ihnen geleisteten Eid verweist, der sie zu unbefugtem Stillschweigen verpflichtet.

Auch die übrige Schwerindustrie im westlichen Deutschland, so u. a. die Mannesmann-Werke, die bis zu Hitlers Regierungsantritt schlechten Geschäftsgang hatten, ist jetzt voll beschäftigt. Fest steht jedenfalls, daß unter der Hitler-Regierung alle Vorbereitungen für einen neuen Krieg getroffen werden. Die Schwerindustriellen in unserem Gebiet haben wieder einmal Hochkonjunktur und sie sind die ersten, die die Hitler-Regierung schon wegen des Geschäftes begünstigt stützen und unterstützen.

Ausbildung der SA an Maschinengewehren.

(D. S.) Die Hitler-Regierung bereitet den Krieg sehr intensiv vor. Die Schwerindustrie bekommt Aufträge über Aufträge. Alles Kriegsmaterial wird im Eiltempo produziert. Aber auch die Soldaten, die im Ernstfalle zur Bedienung der Kriegswaffen nötig sind, werden jetzt schon ausgebildet. Aus Düsseldorf wird uns gemeldet, daß dort die SA, die SS, und der Stahlhelm in regulären Übungen an Maschinengewehren ausgebildet werden. Dabei findet regelmäßig Kompanie-Exerzieren mit Maschinengewehren statt und Felddienübungen. Wie stark Deutschland unter Hitler militarisiert wird, geht auch daraus hervor, daß in Düsseldorf und anderen Orten des Rheinlandes die Hitler-Mädel jetzt exerzieren und militärisch ausgebildet werden.

Schon vollkommen militärisch organisiert und ausgerüstet ist. So wie der Reitersturm mit Pferden auftritt, so tritt der Fliegersturm mit Flugzeugen auf und der Pioniersturm mit all dem Handwerkszeug, das eine Pioniertruppe zum Kriegsführen braucht. Alle Waffengattungen sind vertreten, und immer deutlicher wird, daß die SS und SA keine Feuerwehr und keine Wach- und Schließgesellschaft ist, sondern eine Truppe, die in steigendem Maße militärisch ausgerüstet und ausgebildet wird, und in der Deutschland neben Reichswehr und Polizei eine zahlensmäßig große Armee hat.

Deutschland importiert Schrott...

Berlin, 10. Juni. Es ist aufgeflogen, daß die deutschen Stahlwerke, die früher Schrott abstiechen und exportierten, im Laufe der letzten vier Monate Schrott in erheblichen Mengen importiert haben. Diese Mengen sind größer als der Schrott-Import im ganzen letzten Jahr. Man weiß, daß Schrott ein unerlässliches Produkt für die Herstellung gewisser Kriegsmaterialien, insbesondere aber für die Herstellung von Munition ist.

SS-Kavallerie, Pioniere und Pfliegertruppe.

(D. S.) Chemnitz, 15. Juni. Die gleichgeschaltete Chemnitzer Presse bringt eine amtliche Mitteilung der Zeitung des SS, der besonders erwähnten Garde Hitlers, daß am 17. und 18. Juni in und um Chemnitz eine Propaganda-Übung der gesamten sächsischen SS (Abschnitt II) stattfinden soll, an der nach den Angaben 5000 SS-Männer teilnehmen werden. Es handelt sich bei dieser Übung um eine ausgesprochene militärische Manöverübung, die sich, wie in den amtlichen Rundgebungen mitgeteilt wird, „auf der Linie Augustsburg—Frankenberg—Heinichen“ abspielen soll. Wörtlich heißt es dann in der Veröffentlichung in der Chemnitzer Presse:

„Besondere Aufmerksamkeit werden dabei der SS-Reitersturm, der SS-Pioniersturm, SS-Fliegersturm erregen, so wie der gesamte SS-Nachrichtendienst, dessen hervorragende Leistungen allgemein bekannt sind.“

Aus diesen Mitteilungen von nationalsozialistischer Seite geht hervor, daß die SS heute

Wie Selbstmorde aussehen.

(D. S.) In einem im sächsischen Vogtland verbreiteten illegalen Blatt steht folgender, die „Selbstmorde“ Deutschlands charakterisierender Bericht: In Elsterberg wurde der Vorsitzende der dortigen SA-Gruppe unmittelbar nach der „Eroberung“ Sachsens durch die Nazis verhaftet und so fürchtbar mißhandelt, daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte. Unmittelbar nach seiner Entlassung aus dem Krankenhaus wurde er erneut verhaftet und wieder fürchterlich mißhandelt. In einem unbewachten Augenblick soll er dann angeblich durch einen Sprung aus dem Fenster Selbstmord begangen haben. Der „Selbstmörder“, ein großer, starker, 54-jähriger Mann, soll sich durch ein Gitterfenster durchgezwängt haben, durch das sich kaum ein Schuljunge hindurch zwingen könnte. Der Genosse ist also regelrecht ermordet worden.

Der Geist des Widerstandes lebt.

(D. S.) Die Bremer Polizeidirektion teilt in einer amtlichen Rundmachung mit, daß in Bremen in steigender Menge illegale marxistische Zeitungen verbreitet werden. Diese Veröffentlichung ist ein Beweis dafür, daß trotz aller Drucks und Terrors in der deutschen Arbeiterchaft sich die Kräfte regen, die zum Widerstand gegen die faustfaßliche Herrschaft bereit sind. In der Bekanntmachung der Polizeidirektion werden verschärfte Strafen für die Verbreitung illegaler Schriften angedroht und es wird bestimmt, daß künftig auch derjenige bis zu einem Jahr Gefängnis bestraft wird, der nach Empfang einer illegalen Zeitung nicht sofort Anzeige erstattet. Alle diese Strafen und Erpressandrohungen können nicht hindern, daß täglich die Zahl derer größer wird, die auf dem allein noch möglichen illegalen Weg versuchen, Aufklärung in den Massen zu verbreiten und die Widerstandstendenzen zu stärken.

Dr. Wasserbäck aus Berlin abgereist.

Berlin, 15. Juni. Vor der Abreise des österreichischen Presseattachés Dr. Wasserbäck aus Berlin fanden sich auf dem Bahnhof der österreichischen Gesandtschaft Tausende mit den Beamten der österreichischen Gesandtschaft, ferner zahlreiche Freunde Dr. Wasserbäcks sowie ausländische Journalisten zum Abschied ein. Die Reichsregierung war nicht vertreten. Auf dem Bahnhof ereignete sich kein Zwischenfall. Nur als sich der Zug in Bewegung setzte, rief eine Frau „Deutschland er wache!“

Oesterreichische Naziführer nach Deutschland abgeschoben.

Wien, 15. Juni. Der Führer der SA Oesterreichs, Alfred Biegler, ist in Begleitung von zwei Kriminalbeamten im eigenen Auto an die österreichische Grenze gebracht worden. Desgleichen wurden auf eigenen Wunsch Doktor Gerhard Weh, der kommunalpolitische Referent der NSDAP, und der Adjutant Fabian, Friedrich Steiner, mit dem Linzer D-Zug ebenfalls in Begleitung von zwei Kriminalbeamten zur Grenze befördert. Die drei Funktionäre der NSDAP waren im Lauf des gestrigen Tages aus dem Bundesgebiet ausgewiesen worden und hatten keinerlei Berufung dagegen eingelegt.

Dollfuß zurück nach Wien.

London, 15. Juni. Bundeskanzler Doktor Dollfuß erklärte einem Reutervertreter, er fühle sich nicht in hinreichendem Kontakt mit den verantwortlichen österreichischen Behörden, um angesichts der herrschenden gespannten Lage in London zu bleiben. Er beabsichtige, morgen sich im Flugzeug nach Paris zu begeben, wo er bis Sonntag zu bleiben gedenke. Im Laufe des Sonntag werde er in Wien eintreffen.

Aus dem Reich der Nazi.

Der Blick in eine Zeitung des Dritten Reiches ist immerhin lehrreich. Der Erzgebirgsgeneralanzeiger von Oberhau bringt u. a. am 1. Juni folgende kleine Meldungen:

Urteile des Sondergerichtes in Freiberg. Paul Winkelmann aus Dresden wurde wegen Beschuldigung der SA, zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Heinz Blechschmid, Maler, Helmuth Strauß, Handlungsgehilfe, Alfred Zimmermann, Elektrikinstallateur, alle aus Chemnitz, standen wegen unbefugter Hausdurchsuchung und Diebstahl bei einem Juden vor dem Sondergericht. Blechschmid überdies wegen besonders gemeinem und üblem Benehmen. Alle drei sind Mitglieder der SA, der eine davon gehört auch zur SS. Blechschmid wurde zu einem Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt, Strauß zu 5 Monaten, Zimmermann zu 4 Wochen. Worin das gemeine und üble Benehmen bestand, wird in der Zeitung schamhaft verschwiegen. Wahrscheinlich hat man den armen Juden totgeprügelt oder habiot geprügelt. — Der Kommunist Richard Körner wurde wegen Abhaltung einer nichtöffentlichen Sitzung in seiner Wohnung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, 7 Teilnehmer an dieser Sitzung zu je 3 Monaten Gefängnis.

Verhaftungen. In Rabenau, Liebau und einer dritten Gemeinde wurden vier Butterhändler wegen Preiswucher eingesperrt. Die Politik der Nazi verteuert die Lebensmittel und als Sündenböcke werden Kleinverwerbetreibende hinter das Gitter gebracht. Der Lebenshaltungsindeks ist von 116,6 im Monat April auf 118,2 im Monat Mai gestiegen.

Auflösung von Vereinen und Beschlagnahme ihres Vermögens. In der Stadt Oberhau wurden aufgelöst und das Vermögen beschlagnahmt: der Arbeiterturnverein, die Arbeiterkamerader, Arbeiterwohlfahrt, Arbeitergefangenenverein, Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, Verein Arbeiterfreunde, Arbeiterschachklub, Arbeiterkraftfahrer, Ernst Bibelforscher. Das Vermögen dieser Vereine betrug 700 Mark.

Das ist ein winziger Ausschnitt aus dem Leben im Dritten Reich. Man vergleiche damit die großtuerischen Versprechungen der Nationalsozialisten und die ganze Armseligkeit dieses politischen Gebildes steht vor uns.

Gewerkschaftlicher Erfolg

der nordböhmisches Textilarbeiter.
Mit Ende Jänner 1933 waren die Lohnsätze der Textilarbeiterkollektivverträge in den Gebieten Reichenberg, Tannwald und Friedland abgelauten, so daß 20.000 Textilarbeiter dieser Gebiete vor der Gefahr der Kündigung der Verträge durch die Unternehmer standen. Tatsächlich traten die Unternehmer an die Vertragsgewerkschaften mit der Forderung eines Lohnabbaues heran, welche sie mit der schwierigen Lage der Industrie begründeten. Die Vertrauensmänner der Gewerkschaften nahmen zu diesen Vorschlägen auf mehreren Konferenzen Stellung und beschloßen, den Lohnabbau abzulehnen, worauf die Unternehmer nach einiger Zeit mit neuen Vorschlägen kamen, durch welche der größte Teil der in den drei genannten Gebieten beschäftigten Arbeiter nicht mehr betroffen wurde. Es ist ein Verdienst der Gewerkschaften, daß von den rund 20.000 Arbeitern 16 bis 17.000 die bisherigen Löhne behalten werden.

Aus der genossenschaftlichen Internationale.

Gespanntes Verhältnis zwischen dem Internationalen Genossenschaftsbund und dem Hamburger Zentralverein deutscher Konsumvereine.

Der Internationale Genossenschaftsbund hatte für den 9. und 10. Juni eine Sonderkonferenz nach Basel einberufen, bei welcher es einerseits zu einer Aussprache mit der reichsdeutschen Bewegung kam und andererseits die Stellungnahme des Internationalen Genossenschaftsbundes zur Weltwirtschaftskonferenz präzisiert wurde. An der Konferenz haben 60 Delegierte von 17 angeschlossenen Verbänden teilgenommen. Unser Verband deutscher Wirtschaftsgenossenschaften war durch Abg. Gen. Dietl vertreten. Den Vorsitz führte der Präsident des Internationalen Genossenschaftsbundes, Genosse Väinö Tanner.

Vor Eingang in die Tagesordnung gab der Vorsitzende eine Erklärung der Exekutive ab, welche ihre Sitzung am Tage zuvor abgehalten hatte. Sie beschäftigte sich der Art, mit der sich der Zentralverband deutscher Konsumvereine, Hamburg, vertreten ließ.

Wie bekannt, ist die reichsdeutsche Konsumgenossenschaftsbewegung der sogenannten „Deutschen Arbeitsfront“ eingereiht worden, die unter der Führung Dr. Leys steht. Für das gesamte Genossenschaftswesen der Verbraucher ist der Bankdirektor Müller eingesetzt worden. Das gesamte Genossenschaftswesen der Verbraucher soll in einer einzigen Organisation vereinigt werden; dieser kommende „Reichsbund deutscher Verbrauchergenossenschaften“ wird sich im wesentlichen aus den genossenschaftlichen Organisationen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Hamburg, und aus dem dem Zentrum nahestehenden Reichsverband deutscher Konsumvereine, Köln, zusammensetzen. Der Stellvertreter des Reichsbeauftragten für die deutschen Konsumgenossenschaften ist Robert Schloesser vom Reichsverband deutscher Konsumvereine, Köln. In dem gleichgeschalteten Zentralverband deutscher Konsumvereine, Hamburg, fungiert als Sonderbeauftragter im Vorstand der Nationalsozialist Grahl. Zur Konferenz waren als Delegierte des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Hamburg, die beiden Vorstandsmitglieder Klepzig und Grahl sowie der Stellvertreter des Reichsbeauftragten für die deutschen Konsumgenossenschaften Robert Schloesser erschienen. Ueber diese Art der Vertretung hatte es bereits in der Exekutive eine Aussprache gegeben, nach welcher die nachfolgende Erklärung beschlossen wurde:

„Die Exekutive hat den Bericht des Herrn Klepzig über die jetzige Stellung der deutschen Genossenschaften zur Kenntnis genommen und nimmt im Sinne der Statuten des I. G. B. die Ernennung der deutschen Delegierten zur Kenntnis. Sie behält sich jedoch das Recht vor, den Charakter und die Veränderungen, welche in Deutschland durchgeführt wurden, zu untersuchen, deren Charakter nur auf Grundlage der weiteren Entwicklung vollkommen geklärt werden kann. Nach einer ordentlichen Untersuchung und Ueberprüfung wird diese Frage dem Kongress zur Beschlussfassung vorgelegt. Weiters erklärt die Exekutive, daß sie keinen Willens ist, die Grundlagen der Demokratie bei den genossenschaftlichen Organisationen zu wahren und protektiert gegen die Eingriffe des Staates oder einer anderen Autorität, welche die Freiheit der Bewegung einschränken, die Rechte vermindern oder die freie Entwicklung unter eigener Kontrolle erschweren. Die Exekutive drückt die Hoffnung aus, daß die Delegierten ohne Diskussion diesen Beschluß zur Kenntnis nehmen im Interesse der Konferenz, welche über wichtige Fragen zu verhandeln hat.“

Genosse Lustig vom Ustjenni Iwoz erklärte, daß er mit diesem Majoritätsbeschluß nicht einverstanden sein könne und daß er auf seinem Standpunkte verharre, wonach die reichsdeutsche Genossenschaftsbewegung ihre Handlungsfreiheit verloren habe und unter dem Zwange der Regierung stehe. Dieser Erklärung schlossen sich die Vertreter Oesterreichs und Belgiens sowie der Vertreter unseres Verbandes deutscher Wirtschaftsgenossenschaften, Genosse Dietl, an. Der Vizepräsident Poisson versuchte die Meinung der Konferenz auf die Linie der Erklärung der Exekutive zu bringen. Hierauf sprach Schloesser. Er hielt eine scharfe, reichlich mit dem vom deutschen Rundfunk gewohnten Vokabular gepöbelte politische Rede. Er behauptete die Geschwätzigkeit, den politischen Umschwung in Deutschland mit der großen französischen Revolution zu vergleichen. Da hagelte es von allen Seiten heftige Zwischenrufe, und insbesondere die französischen Delegierten wiesen mit Empörung einen solchen Vergleich zurück. Schloesser glaube weiter diesem Forum einreden zu sollen, daß der deutsche Nationalsozialismus zwar antiliberal sei, daß aber einzig und nach den Methoden des italienischen Faschismus und nach denen des deutschen Nationalsozialismus die Menschheit gefunden werde. Schloesser spielte sich sodann noch als Prophet auf und verkündete, daß viele Staaten diesen Beispielen folgen würden. Der reichsdeutsche Delegierte Klepzig versuchte vergeblich den schlechten Eindruck, den die von neu-

deutscher Ueberheblichkeit tragende Rede Schloessers hervorgerufen hatte, zu verwischen und die Wohlmeinung der Franzosen zu gewinnen.

Die Konferenz ging sodann in die Tagesordnung ein und hörte das Referat des Sekretärs des Internationalen Genossenschaftsbundes J. S. May über den Stand der Bewegung in den einzelnen Ländern.

In der Debatte entzündete sich wieder ein heftiger Meinungsstreit um die reichsdeutsche Genossenschaftsbewegung. Der reichsdeutsche Delegierte Grahl glaubte der Konferenz einreden zu sollen, daß sich die Reichsregierung bei ihren Maßnahmen hinsichtlich der Konsumgenossenschaften angeblich nur von der Sorge um das Ansehen und Sparbilanzvermögen der Mitglieder habe leiten lassen. Nachdem der reichsdeutsche Delegierte Klepzig noch einmal versuchte, das Verständnis für die gleichgeschalteten deutschen Konsumgenossenschaften zu erwecken, hielt der Generalsekretär May das Schlüsselwort, worin er u. a. auf die Rede Schloessers einging, der auch erklärt hatte, in Deutschland würden die Konsumgenossenschaften hinsichtlich der Steuern dem Privathandel gleichgestellt werden. May bezeichnete Schloesser als einen unwürdigen Genossenschaftsvertreter, wenn er es wagt, daß die genossenschaftlichen Organisationen der Verbraucher, die nicht um des Profites willen arbeiten, wie es der Privathandel tut, mit privaten Unternehmungen auf die gleiche Stufe gestellt werden.

Diese Meinung Mays war für den offenbar jetzt sehr empfindlichen reichsdeutschen Delegierten Schloesser anscheinend Grund genug dafür, daß die reichsdeutschen Delegierten über Antrag Schloessers die Konferenz verließen.

Die Konferenz konnte sich nun der Erledigung ihrer sachlichen Arbeiten widmen. Poisson erarbeitete ein ausführliches Referat über die internationale Genossenschaftsbewegung und die Weltwirtschaftskonferenz. Nach einer langen Debatte einigte sich die Konferenz auf die folgende

Entschliebung:

„I. Der Internationale Genossenschaftsbund ist der Ansicht, daß alle Anstrengungen zu einem wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt und alle Versuche, die Krise zu überwinden, vergeblich sind, wenn nicht der Friede definitiv gesichert ist, und

zwar nicht nur für eine Zeitlang, und für einen Teil der Welt, sondern für alle Völker in dauernder und bestimmter Weise.

II. Die Weltwirtschaftskrise — wie immer man sie auch erklärt — kennzeichnet sich durch ihre Reichweite, ihre Schärfe und ihre Dauer. Sie ist ungleichgültig und sie ist vor allem eine internationale Weltkrise. Für eine internationale Krise gibt es nur eine internationale Lösung. Man muß sie nicht in der Säufung nationaler Abwehrmittel oder in einem künstlichen Gleichgewicht der nationalen Interessen suchen.

III. Um die Ordnung in der Wirtschaft wieder herzustellen ist es unerlässlich, innerhalb eines gemeinsamen Zusammenwirkens die Kampfmittel gegen die Krise entschlossen anzuwenden. Diese gemeinsamen Bemühungen müssen ihren Ausdruck in Verträgen und Konventionen finden, in denen jeder auf gewisse souveräne Rechte zu Gunsten der internationalen Gemeinschaft verzichtet. Jeder Vertrag ist eine Beschränkung der Freiheit, eine teilweise Preisgabe der Freiheit. Es gibt keine internationale Konvention, ohne daß nicht in gewissem Sinne die nationale Souveränität beschränkt wird.

IV. In diesem Sinne fordert der Internationale Genossenschaftsbund:

1. Stabilisierung der Währung mit dem Endziel einer Weltwährung unter internationaler Kontrolle.
2. Endliche und endgültige Regelung der zwischenstaatlichen Schulden.
3. Verküpfung von Preisrelationen, wodurch die Produktionskosten gedeckt werden, ohne den Konsum billig zu belasten.
4. Eine internationale Konvention zur Abschaffung jedes direkten und indirekten Protektionismus und die Ersetzung des Wettbewerbes durch internationale Zusammenarbeit.

V. Es ist ferner wichtig, daß sich die Weltwirtschaftskonferenz die gleichzeitige Verwirklichung der durchzuführenden Lösungen in Betracht zieht; unter den verschiedenen Erscheinungen, welche die Wirtschaftskrise zeitigt, finden wir eine wechselseitige Abhängigkeit, die eine Zusammenfassung der Anstrengungen, eine Gleichzeitigkeit des Vorgehens erfordert.

VI. Zum Schluß erinnert der Internationale Genossenschaftsbund daran, daß die internationale Genossenschaftsbewegung kraft ihres Wesens, ihrer Ziele, ihrer Grundzüge und Einrichtungen die wahre und endgültige Lösung des wirtschaftlichen Chaos und des Mißverhältnisses zwischen Erzeugung und Verbrauch beinhaltet.

Indem der Internationale Genossenschaftsbund diese Anregungen und Vorschläge unterbreitet, ist er einzig und allein bestrebt, im Einklang mit seinen Zielen dem allgemeinen Fortschritt der Menschheit, dem Fortschritt der Zivilisation zu dienen.“



Frage an die Weltwirtschaftskonferenz: Wird sich die Welt an dieser Speise erholen?

Die Freiheit im Dritten Reich.

Aus dem Brief einer Frau an ihre hiesigen Verwandten entnehmen wir folgende Stellen: „Bei uns ist jetzt die Prügelstrafe eingeführt. In ... wurden furchtbare Grausamkeiten an SPD-Leuten vollführt. Drei Personen ist es furchtbar ergangen. Dem einen haben sie die Haare vom Kopf rasiert, die Glatze mit Lackfarbe bestrichen und drei rote Pfeile darauf gemalt. Dem anderen wurden die Haare mit Schmierseife eingerieben, eine rote Schleife hineingebunden und allen dreien dann ein Eimer Wasser auf den Hofenboden geschüttet und nun wurden sie mit Gummistückeln bearbeitet, derart, daß sie heute noch nicht sitzen können. O, unser armes, schönes Deutschland! Wir dürfen jetzt auch einmal einen ganzen Tag nicht die Wohnung verlassen. Vor jedem Haus stand ein Posten. Als ich früh nach Milch gehen wollte, und ahnungslos hinausging, sagte der Posten: „Das Haus wird nicht verlassen oder ich schieße.“ — Den Ort, aus dem der Brief gekommen ist, können wir nicht nennen, weil sonst die Briefschreiberin ebenfalls gefährdet wäre.“

Hochkonjunktur in Deutschland! Im „Berliner Tageblatt“ findet man in den letzten Wochen folgendes aufschlussreiche Inserat:

Krise oder jüdische Herkunft? ist für Hunderttausende eine Schicksalsfrage von einschneidender Bedeutung! Ermittlungen, dem Arier-Befehl entsprechend (Stammbaum), unter Zuhilfenahme eines umfangreichen Archivs von über 30.000 bereits erteilten Privat-Auskünften führt aus das seit 28 Jahren taufendfältig bewährte Ermittlungs-Institut „Welt-Deistik“, Kunststei Preiß, Berlin W 6 p, Tauentzienstr. 5, Tel.: Babaria 5255 und 5256.

Der amerikanische Weltstieger Matlern ist gestern um 21 Uhr örtlicher Zeit aus Chabarowsk abgeflogen und hat seinem ursprünglichen Plan gemäß Richtung auf Alaska genommen.

Vom Verband der Schulausschüsse deutscher Handelsehrentscholten. Die Konstituierung dieses Verbandes erfolgte am 11. Juni in Auliga, wo er seinen Sitz haben wird. Die von 20 Schulen und dem Handelshochschulverein beauftragte Versammlung hatte einen glatten Verlauf. — Damit haben nun auch die deutschen Handelsehrentscholten der Republik eine gemeinsame Vertretung, wie sie die tschechischen Anstalten seit einem Jahre besitzen. Der Verband soll die gemeinsamen Interessen aller Kuratoren den Behörden gegenüber vertreten, vor allem aber an der Förderung und Bereinigung des deutschen Handelsehrentschulwesens mitwirken. Die Zusammenarbeit mit dem tschechischen Verband wird in einer gemeinsamen Exekutive erfolgen. Vorsitzender des neuen Verbandes ist Bürgermeister Bötzl-Auliga, sein Stellvertreter Bürgermeisterstellvert. Rusch-Teplitz, Kassier Bürgermeister Dr. Turda-Marienbad, Schriftführer Prof. Dr. Wenzel-Auliga. Ferner gehören dem Ausschuss an: Bürgermeisterstellvert. Prof. Beder-Karlsbad, Bürgermeisterstellvert. Dr. Sallinger-Olmütz, Stadtrat Lux-Reichenberg, Bürgermeister Schott-Bozenbach und Direktor Tallaichel-Troppau.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

- Samsstag:**
Prag: 6.00 Gymnastik. 11.00 Konzert. 12.10 Schallplatten. 18.25 Deutsche Sendung: Dr. Meiser: Vorträge aus eigenen Werken. 20.15 Sinter Abend. — **Brünn:** 14.50 Orchesterkonzert. 17.45 Schallplatten. 18.25 Deutsche Sendung: Konzert. 19.25 Militärblasmusik. — **Währ.-Odrau:** 11.00 Orchesterkonzert. 18.00 Dr. Wamtel: Reden-Franzosen. 18.35 Volksmusik. — **Spiel und Sport:** Langenberg: 16.15 für Photoliebhaber. — **Frauen-, Jugend-, Kinderfunk:** Leipzig: 14.45 Kinderfunk. Berlin: 15.15 für die Jugend. Königsberg: 15.30 Bastelstunde für die Kleinen. — **Konzerte:** Frankfurt: 20.00 Orchesterkonzert.

Tagesneuigkeiten

Der Leiterleitkommissar.

Riesmacher werden nicht gebildet. —
 Lächle oder du fliegst!

Herr Dr. Lippert, früher schimpfgewaltiger Chefredakteur des „Angriff“, heute autoritärer Staatskommissar von Berlin, hat am Donnerstag einen Aufruf erlassen, in dem es heißt:

„Es ist dem Staatskommissar Dr. Lippert zu Ehren gekommen, daß mehrfach städtische Bodenstücke, die noch vor nicht allzu langer Zeit linksgerichteten Organisationen angehört oder mit deren Bestrebungen sympathisierten, innerhalb ihrer Dienststunden und auch im Verkehr mit dem Publikum, nicht das gerade bei ihnen gebotene Maß an Zurückhaltung erkennen lassen. Insbesondere versuchen einzelne städtische Beamte, Angestellte und Arbeiter immer wieder durch überwollende Kritik einzelne Maßnahmen, die Regierung der nationalen Erhebung herabzusetzen und damit mittelbar die verantwortlichen Männer der Regierung verächtlich zu machen.“

Auf Anregung des Staatskommissars Dr. Lippert hat der Oberbürgermeister nunmehr verfügt, daß gegen alle derartigen Treibereien unnahefälligkeit eingeschritten wird. Jede bewußte und geschäftliche „Riesmacherei“ wird künftig als eine verkappte Fortsetzung staatsfeindlicher und marxistischer Propaganda angesehen und entsprechend geahndet werden.“

Run also! Der braune Maulkorb wird den knurrenden Wagen schon zur Reife bringen! Ein marxistischer „Riesmacher“ ist jeder, der sich gegen faschistische Lohnsenkung und „autoritäre“ Lebensmittelpreuerung wendet.

Ein Riesmacher ist jeder, der die endliche Erfüllung der bombastischen Versprechungen des „Dritten Reiches“ verlangt! — Kurzum, als Riesmacher gilt ein jeder, der statt der Pfote Leistung und statt marschreierischer Flaggenparaden Arbeit und Brot verlangt! —

Herr Dr. Lippert droht mit dem spanischen Rohr der Konzentrationspädagogik allen Unzufriedenen, die der freibesthaften Ansicht sind, daß ein braunes Hemd allein noch nicht satt macht! —

Immer noch unsicheres Wetter. Donnerstag hat die Gewittertätigkeit etwas nachgelassen. Das Hochdruckgebiet über dem Norden des Erdteils ist nunmehr wenigstens vorübergehend im Zerfall begriffen und infolgedessen dürfte die nordöstliche Luftströmung in Mitteleuropa abflauen und die Luftdruckverteilung hier einen gleichförmigeren Charakter annehmen. Unsichere lokale Strömungen werden voraussichtlich in unseren Gegenden, besonders im Karpathen-

gebiet, weiterhin unsicheres Wetter aufrechterhalten. Für den Westteil der Republik sind die Aussichten günstiger als für den Osten. Wahrscheinliches Wetter heute: Wechselnd bewölkt, strichweise ziemlich heiter, untertags ziemlich warm, allgemeiner Witterungscharakter noch immer unsicher.

Karolinenthaler Methoden in Paris. Im Zentralorgan der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, dem in Prag-Karolinenthal erscheinenden „Rude Právo“, ist es üblich, von Zeit zu Zeit Briefe angeblicher „sozialdemokratischer Arbeiter“ zu veröffentlichen, die eine genaue Kenntnis aller kommunistischen Taten, Parteitags- und Konferenzbeschlüsse verraten, was dafür spricht, daß sie in der Redaktion des genannten Blattes verfertigt werden. Diese in Karolinenthal geübte Methode wird jetzt von der kommunistischen Parteiinternationale angewandt und so erschien in den kommunistischen Blättern „Vorwärts“ und „Internationale“ vom Dienstag, den 13. Juni, eine „Erklärung der sozialdemokratischen Delegierten“ des in Paris stattfindenden, in Wirklichkeit kommunistischen, der Öffentlichkeit aber gegenüber allgemein antifaschistischen Kongresses, in welcher Erklärung die Sozialdemokratie in Grund und Boden verdammt, die Kommunisten aber über und über gelobt werden. Wir gratulieren den Karolinenthaler kommunistischen Redakteuren dazu, daß ihre „politischen“ Methoden von der gesamten kommunistischen Internationale nunmehr akzeptiert wurden. Hoffentlich bekommen sie auch den Stalin-Orden!

Abergläubische ohne Aberglauben. Die amerikanischen Blätter melden aus dem italienischen Flughafen Orbeello, der Start der 24 Gliedrigen Flugzeugeskadere, die unter dem Kommando des italienischen Luftschiffahrtsministers und Generals Italo Balbo nach Chicago fliegen soll, sei wegen schlechten Wetters verschoben worden. Sollte am Freitag das Wetter besser sein, dann werde die Eskadre — wie es in der Meldung heißt — trotz des Aberglaubens, daß der Freitag Unglück bringe, zum Fluge starten.

Deutsche Professoren nach Belgrad berufen. Das Professorenkollegium der medizinischen Fakultät der Belgrader Universität hat dem Chef des Berliner Institutes für das Studium der Krebskrankheit, J. J. Menthal, sowie dem hervorragenden Zahnheilkunde-Spezialisten aus Kostof, W. o. r. e. l., Lehrstühle an der Belgrader medizinischen Fakultät angeboten.

Die Stelle eines Bezirksschulinspektors für die Volks- und Bürgerschulen und die Abergörten mit deutscher Unterrichtsprache im Schulbezirk Soaz mit dem Amtssitz in Soaz gelangt zur Besetzung. Die ordnungsgemäß belegten Gesuche nimmt der Landes-Schulrat in Prag bis einschließlich 15. August 1933 im Dienstwege entgegen.

Ozaki stellt sich seinen Mördern.

Von Upton Close.

Ein vierundsechzigjähriger Greis, völlig erblüht, hat sein Testament gemacht und sein Todesgedicht geschrieben, in dem er seiner grimmigen Verachtung für den rücksichtslosen Militarismus seines Heimatstaates Japan Ausdruck gibt. Er ist von London nach Japan abgereist und hat dadurch die Herausforderung der „Vaterländischen Blutsbrüderchaft“, doch nach Hause zu kommen und für seine Ueberzeugung zu sterben, angenommen. Gegen das über ihn verhängte Todesurteil gibt er kein Rechtsmittel; denn es wurde von keinem Gericht gefällt und die chauvinistischen Militärs, die dieses Todesurteil gefällt haben, können es nicht bei der bloßen Drohung bewenden lassen, wenn sie vom japanischen Volke, das sie jetzt beherrschen, nicht als eitle Prahler angesehen werden wollen.

Nichts könnte ein grelleres Licht auf die Hintergründe des bewaffneten Konflikts im Fernen Osten werfen, der den Weltfrieden bedroht, und aus dem Pazifischen Ozean den gefährlichsten Unruheherd der Welt gemacht hat, als dieser Entschluß des japanischen Politikers Jusio Ozaki, der sich unerschrocken dem fanatischen Militarismus seines Vaterlandes stellt. Seine Person ist aufs innigste mit der japanischen Eroberungspolitik in China und gegenüber dem Völkerbund verknüpft.

Im Jahre 1914 war Ozaki der Märtyrer des politischen Dramas, das den japanischen Militarismus die Oberhand über die parlamentarische Regierung erlangen ließ. Heute bereitet seine ruhige, völlig unfermentale Anknüpfung, das er nach Hause zurückkehrte, um sich den Mörderdächeln des Militarismus zu stellen, diesem weit größere Berlegenheit als die Mißbilligung des Völkerbundes oder die organisierte politische Opposition in der Heimat.

Die Blutsbrüderchaft und die Reservistenvereinigung Japans haben Ozaki wissen lassen, daß niemand die Dinge aussprechen dürfe, die er in den letzten zwei Jahren in Amerika und England aussprach, ohne den Tod zu erwirken. Aber so groß ist sein Einfluß auf das japanische Volk, daß die von ebendiesen Organisationen beherrschten japanischen Zeitungen während des ganzen Sommers 1938 nicht aufhörten, Ozakis Reden und Artikel abzuverdrehen, die auf die gegenwärtig herrschende Klasse wie Dolchstiche wirkten. Denn Ozaki ist das nüchterne Gewissen einer kriegsreifen japanischen Nation.

Nur zwei bedeutende Männer des früher mächtigen japanischen Liberalismus wagen es noch, ihrer Meinung ungeschwinkten Ausdruck zu geben. Der eine ist der noch junge christliche Sozialist und Romanschreiber Tōyōhiko Nagawa. Er weigerte sich, Japan zu verlassen und seine Beliebtheit beim japanischen Landvolk, auf dessen Unterstützung der japanische Militarismus angewiesen ist, ist so ungeheuer, daß die Militaristen es bis nun nicht gewagt haben, ihn zu ermorden. Wo er sich gegenwärtig aufhält, weiß niemand. Der andere unangenehme Widerfacher des Militarismus ist Jusio Ozaki.

Als die japanische Armee im Herbst 1931 in die Mandschurei einfiel und die liberale Regierung, deren wohlwollender Kritiker Ozaki gewesen, gestürzt wurde, zwangen die Militaristen ihn unter Todesdrohungen, außer Land zu gehen. In New York wendete er sich an das Ausland mit folgenden Worten: „Ihr Männer des

Westens wart sehr ungerecht gegen Japan. Aber der Militarismus wird mein Land völlig zugrunderichten. Für ihn gibt es keine Entschuldigung, sondern nur ein vorbehaltsloses Verdammungsurteil. Er muß vernichtet werden und vielleicht wird auch Japan darunter leiden. Dann wird mein Land und vielleicht mit ihm die Welt die richtige Lehre ziehen — denn Japan und die Welt können wieder ausgerichtet werden.“

Dreimal war Ozaki ein politischer Flüchtling in Amerika gewesen. Nach Absolvierung der Hochschule wurde er ein begeisterter Anhänger des Staatsmannes Marquis Okuma, der die erste Kampagne für eine parlamentarische Regierung in Japan führte. Im Verlaufe dieser Kampagne rief ihm eine Bombe das linke Bein weg und in späteren Jahren verließ er seinen Reden durch Aufklopfen mit seinem Holzbein besonderen Nachdruck. Sein junger Schüler Ozaki wurde aus Tokio ausgewiesen und begab sich in die Vereinigten Staaten. Die Verfassung wurde dennoch gewahrt und Ozaki in das erste japanische Parlament während seiner Abwesenheit gewählt. Er kam gerade rechtzeitig zur ersten Parlaments-sitzung und seine Wählerchaft entsandte ihn während der folgenden dreiundvierzig Jahre regelmäßig in das Abgeordnetenhaus, sogar während der Zeit, da er Minister und Bürgermeister von Tokio war. Ozaki führte einen unermüdeten Kampf, um aus dem japanischen Parlament eine wirkliche gesetzgebende Versammlung zu machen. Die japanische Regierung hatte sich das Parlament lediglich als eine beratende Körperschaft nach dem Muster der Bismarckschen Verfassung gedacht, die Prinz Ito in Berlin von dem eisernen Kanzler empfohlen worden war.

Ozaki rief eine Regierungskrise nach der anderen hervor und wurde der einflussreichste politische Journalist Japans. Immer wieder schloß er seine Interpellationen wie scharfe Pfeile gegen die Ministerbank ab.

In der ersten Parteienregierung Japans, deren Ernennung vor allem auf seine unermüdete Kampagne zurückzuführen war, wurde er Justizminister. Er setzte gleichgültig einen Vernichtungsfeldzug gegen die Korruption ins Werk. Japanische Soldaten hatten als Nationen mit Sand und Rieselfeinen gefüllte Konterbänken erhalten. Das war nur ein Fall unter hundert. Im Verlaufe seiner flammenden Anklagerede sagte Ozaki: Der Schutz, der Korruptionisten zuteil wird, die sich hinter dem Kaiser verstecken, ist ein unauslöschlicher Makel für dieses Land. Ja, wenn Japan eine Republik wäre und einen Präsidenten statt eines Kaisers hätte...

Er sollte seine Rede beenden. Auf der Stelle verhaftet, wurde er der Majestätsbeleidigung angeklagt und sein ganzes Kabinett mußte demissionieren. Yamagata übernahm das Staatsruhr, diktierte die Annexion Koreas und bereitete alle die Pläne vor, die heute General Araki in den Ebenen der Mandschurei und Mongolei verwirklicht.

Jahrelang kämpfte Ozaki unerschrocken weiter; seine Wählerchaft blieb ihm treu. Während des Weltkrieges richtete er unablässig Angriffe gegen Japans Militärskabinett und beschuldigte sie, daß Japan unter dem Vorwande, als treuer Verbündeter der Entente Deutschland zu bekämpfen, deutsche Methoden nachahme; er erklärte, daß die japanische Regierung Bestechungsgelder im Betrage von fünfzig Millionen Yen an chinesische Politiker ausbezahlt habe, um die Annahme der berüchtigten Einundzwanzig Punkte

durch China zu sichern. Er wandte sich erbittert gegen die japanische Expedition nach Sibirien.

Immer erbitterter wurde der Haß der japanischen Militärpartei gegen ihn. Dreizehn Mann, ausgesandt um ihn zu ermorden, drangen in seine Wohnung, bewaffnet mit Dolchen und Revolvern, ein, wurden aber von vier behenden Dienern, die besonders im Jiu-Jitsu ausgebildet waren, zu Boden gestreckt. Inzwischen warf ihm seine dreizehnjährige Tochter ihren Kimono um und führte ihn durch einen rückwärtigen Ausgang ins Freie. Sein nüchterner Bericht über dieses Mordattentat ließ Japan zu ihm wie zu einem Helden aufschauen. Die Militärpartei schäumte vor Wut, als Ozaki schrieb: „Diese Messerheiden sind eine Schande für Japan und ich werde nicht dulden, daß sie mich in meiner Arbeit behindern.“

Ozaki war der Urheber der japanischen Forderung nach Rassen Gleichheit, die die japanischen Delegierten bei der Friedenskonferenz von Versailles vertraten und die von Woodrow Wilson zu Fall gebracht wurde. Ozaki fühlte sich von Wilson verraten, den er verehrte, und von den japanischen Delegierten, die ihren Idealismus gegen einen Stützpunkt auf Schantung ver-schoben.

Aber zwei Jahre später trat Ozaki wieder auf den Plan und führte die vielleicht bemerkenswerteste Kampagne eines Einzelgängers in der Geschichte der Neuzeit. Kreuz und quer bereiste er Japan, hielt oft zehn Reden im Tag und trat überall für den damals neuen Gedanken einer Konferenz zwecks Abrüstung im Pazifischen Ozean ein. Denn damals im Jahre 1921 schienen die fieberhaften Rüstungen Japans und Amerikas schurkstads zu einem neuen Kriege führen zu wollen. Im Jahre 1921 schien der Gedanke, daß sich Regierungen zusammensetzen sollten, um übereinzukommen, wieviele Schlagschiffe jeder Staat besitzen dürfe, lächerlich und unfinnig. Und dennoch wurde der Neun-Mächte-Pakt Wirklichkeit, der die territoriale Integrität Chinas garantierte und der Viermächtepakt, der dem Rüstungswettbewerb im Pazifischen Ozean ein Ende machte.

Aber Ozakis Gegner, die Nachfolger Yamagatas, haben inzwischen die Oberhand gewonnen. Sie kümmerten sich nicht um den Neunmächtepakt und den Viermächtepakt. Sie haben das größte Heeres- und Flottenbudget in der Geschichte Japans durchgedrückt. Jusio Ozaki sieht den gefährlichsten bewaffneten Zusammenstoß zwischen Japan und Amerika als unvermeidlich voraus, den zu vermeiden, er den unerhödetsten Kampf seines Lebens geführt hat. Er sieht die Militarisierung Chinas voraus — das Entsetzen des furchtbarsten Militarismus der Welt.

Jusio Ozaki mußte mit ansehen, wie sein Gesinnungsgenosse Ki Inukai, der gleich ihm seit dem Jahre 1890 bei jeder Wahl in das Parlament entsandt worden war, zuerst ein Marionetten-Ministerpräsident und dann von der Militärelite ermordet wurde.

Er kehrt heim, um zu sterben wie sein Gesinnungsgenosse Inukai starb. Eines Tages wird er als Wegbereiter und Held eines neuen Japans in die Geschichte eingehen. Er hat mit einem Gedichte Abschied vom Leben genommen und in einem Briefe an seine Tochter hinzugefügt: „Meine Mutter lehrte mich, daß man mit einem Lächeln auf den Lippen sterben soll. Ich fürchte nicht den Tod, will aber nicht in einem Siechen-bette sterben. Ich will einen Tod sterben, der eine Lehre ist für die Nachwelt.“

(Autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen.)



Magnus Hirschfeld: Sittengeschichte des Weltkriegs

(2 Bände)

Organisationsausgabe statt K 400.— nur K 140.—

Zu beziehen durch die Zentralstelle für das Bildungswesen, Prag II, Nekázanka 18.

Rund um das „Dritte Reich“...

Herr Franz Müller in Berlin-W. hat ein Konfitürengeschäft und schwarzes Haar. Das Konfitürengeschäft ist unbedenklich, aber das schwarze Haar ist bedenklich.

Was nützt die beste Ueberzeugung, wenn der rassistische Schein gegen einen spricht?

Und so konnte man denn eines Tages an Müllers Ladentür einen Informationszettel diesen Inhalts lesen:

„Nicht jeder ist Jude, der schwarzes Haar hat! Dies Unternehmen ist rein christlich!“

Rechtsanwalt W. in Berlin, ein sehr bekannter Anwalt, ist zwar der Typ eines schneidigen Korpsstudenten, aber der semitische Schuß im Blut ist nicht wegzudisputieren.

W. steht politisch rechts und war seit jeher ein Arrivierter unter den reaktionär orientierten Anwälten.

Bis ihn die „Sturmzüge“ des März 1933 stark aus den Gelenken warfen.

„Wie gehts Ihnen, Herr Dr.“ wurde er eines Tages von einem Bekannten gefragt.

„Körperlich ausgezeichnet —“ erwiderte W.

„Ich habe gar nicht gewußt, aus was für einer gesunden Familie ich stamme, Herr Kollege! Selbst meine schon lange tote Großmutter ist wieder lebendig geworden —!“

Eine christliche Buchhandlung in Deutschland, die zahlreiche jüdische Kunden hat, war durch die Entwicklung der Dinge in ein arges Dilemma geraten.

Da kam der Reklamechef auf einen salomonischen Ausweg.

Der Ausweg lautete folgendermaßen: „Aristisches Geschäft! — Man spricht hebräisch!“ Ma-

Herr Koker träumt von Luft.

Von Gerhart Gleisberg.

Der beleibte Herr im gut gebügelten Sportanzug blieb mitten im Kurhausgarten stehen, holte tief Atem und sagte: „Das war heute nacht seit Jahren das erste Mal, daß es mir wieder passiert ist.“ „Waschen Sie sich darüber keine Gedanken“, meinte der bewegliche kleine Herr neben ihm. „Es war Ihre erste Nacht hier im Kurhaus, da schläft jeder ein bißchen unruhig. Und außerdem — wissen Sie, da gibt es doch jetzt diese Psychoanalyse, so eine Art Traumdeuterei, wenn ich recht unterrichtet bin... also, da interessieren sich jetzt sogar Professoren und Geheimräte dafür.“

Sie gingen ein paar Schritte schweigend zwischen den mächtigen Bäumen des Variens, unter denen die elegantesten Gäste des weltberühmten Erholungsortes täglich eine Stunde zu promenieren pflegten, um sich gegenseitig zu bewundern und um dem teuer bezahlten Rat ihrer Aerzte zu folgen.

„Wobon haben Sie eigentlich geträumt, wenn ich fragen darf“, begann der kleine Herr nach einer Weile wieder. „Ja, denken Sie“, sagte der Beleibte mit einem nachsichtigen Lächeln, „denken Sie, Herr Treiber, ich habe von Luft geträumt.“

„Von Luft?“ wunderte sich Herr Treiber. „Sie wollen wohl sagen, von nichts?“

Der Herr im Sportanzug runzelte ein wenig die Stirn. „Meinen Sie wirklich, Luft ist nichts?“ Und weil der andere mit den Schultern zuckte, um anzudeuten, daß ihm die Frage weder interessant noch erprießlich schien, fügte der Beleibte hinzu: „Gestern vor dem Einschlafen kam mir nämlich der Gedanke, daß Luft mehr als nichts ist. Und davon habe ich dann geträumt.“

Herrn Treiber schien das Gespräch etwas langweilig zu werden. Er war darauf gefaßt, hier beim Erholungsaufenthalt von dem Bärenkönig Koker auch einmal etwas anders zu hören

als seine Meinung über Jahresbilanzen, Dividenden, Kursbewegungen, Aktienmajoritäten und Aufsichtsratsbeschlüsse. Es hätte ihn nicht gewundert, wenn Herr Koker ihm etwas von seinen Nerven, seinen Aerzten, seinen Freundinnen, vom Essen im Kurhaus oder gar von seiner Familie erzählt hätte. Aber von Luft? Herr Treiber begann sich schon den Bärenkönig daraufhin anzusehen, ob er etwa sonst noch sichtbare Zeichen vom Nachlassen seiner geistigen Kräfte zeigte. In diesem Falle, sagte sich Treiber, wären schnelle Entschlüsse hinsichtlich der geplanten Fusionen am Platze...

Aber Herr Koker wollte sich von seinem Thema nicht trennen. Er überraschte Herrn Treiber mit der Frage: „Worum sind Sie eigentlich diesen Sommer wieder hierher gefahren?“ Der kleine Großindustrielle, der jetzt ernstlich für den Bestand seines Freundes zu fürchten begann, erwiderte ärgerlich: „Selbstverständlich zur Erholung! Warum fragen Sie?“ Herr Koker blieb stehen. „Weil das hier ein Luftkurort ist. Und wenn Luft nichts wäre, dann würde doch niemand hierher fahren.“ Er hatte die rechte Hand belehrend erhoben und sah den kleinen Treiber triumphierend an.

„Na ja“, lenkte der ein. „Luft ist natürlich Luft, und hier im Gebirge ist sie besonders rein und kräftig. Aber ich sehe beim besten Willen nicht ein, warum wir uns darüber unterhalten sollen.“ Herr Koker blieb noch immer stehen. „Weil ich von Luft geträumt habe, lieber Treiber, weil ich im Traume an der Luft hier im Gebirge ein paar Millionen verdient habe!“

„Sehen wir etwas abseits“, schlug Treiber vor und führte den Bärenkönig zu einer Bank an der äußersten Ecke des Kurhausgartens. „Als ich gestern nachmittags“, berichtete Herr Koker, „mit meinem Auto hier oben ankam, da wurde mir ein bißchen seltsam zumute. Ich wußte nicht recht, was ich hier eigentlich sollte. Hier war keine Aufsichtsratsitzung, keine Börse, keine Wanddirektion, kein Prozeß, hier waren einfach Leute und Aerzte und Kellner und Luft. Und wegen der Luft sind sie alle hier, sagte ich mir,

und die Luft ist gut und außerdem teuer — daß die Preise hier unerschämpt sind, wird Ihnen ja auch schon aufgefallen sein — und als ich dann abends schlafen ging, da machte ich mein Fenster weit auf, und spürte zum ersten Mal im Leben, was Luft für eine wichtige Sache ist.“

„Sie haben schon immer originelle Ideen gehabt“, schmeichelte Treiber.

„Ja, denken Sie“, fiel ihm Koker ins Wort, „da gibt es eine so wichtige Sache wie die Luft — und keinem gehört sie!“

Treiber rief vor Staunen den Mund auf. „Da haben Sie wirklich recht“, rief er begeistert. „Natürlich habe ich recht“, bestätigte Koker gelassen.

Der kleine Treiber redete den Hals empor, um kein einziges Wort zu überhören. „Ich habe geträumt“, erzählte Koker, „daß alle Leute hier am Ort, die Kommerzienräte und die Kellner, die Zimmermädchen und die Prinzessinnen, zu mir kamen und fragten, ob sie atmen dürften. Sie waren übrigens auch dabei, Herr Treiber. Und ich habe gesagt: mir gehört die Luft hier, aber gegen Bezahlung dürfen Sie atmen, meine Herrschaften. Da haben alle ihre Geldtasche gezogen und gezahlt: pro Kubikmeter eine Mark. Der Kurarzt hatte jedem eine Bescheinigung ausgestellt, wieviel Luft er in der Woche einzuatmen hat. Und der Besitzer des Sanatoriums: der zahlte eine Jahrespacht für die Luftkuren seiner Patienten. Und ganz zum Schluß kam der Kurdirektor. Der wollte mir den Luftbesitz für die Kurverwaltung abkaufen. Bei der Verhandlung mit ihm bin ich aufgewacht.“

Herr Treiber war vor Erregung aufgesprungen. „Das ist die größte Idee des Jahrhunderts, Verehrter. Man muß die Luft in Besitz nehmen. Ein tolleres Geschäft. Denn jeder muß atmen. Tiere und Pflanzen auch, das macht doppelten Abschlag bei Gärtnern und Landwirten. Und dann die Flugzeuge, die Segelboote, die Motorboote, die Ventilatoren, die Luftdruckbremsen! Und die Stickstoffindustrie!“ Der kleine Großindustrielle leuchtete vor Aufregung.

Herr Koker zündete sich eine dicke Zigarre

an und sagte: „Ich denke mir die Sache so. Wir gründen eine Aktiengesellschaft: A.-G. für Luftgeschäfte. Wenn die Leute an der Börse hören, daß wir dahinter stehen und worum es sich handelt, werden wir die Aktien im Handumdrehen los. Dann wenden wir uns an die Regierungen in Europa, deren Staaten in Finanznöten sind. Also an alle Regierungen in Europa. Wir bieten ihnen unser gesamtes Aktienkapital als Anleihe, wenn sie uns den Besitz der Luft in ihren Staaten abtreten. Und dann geht die Sache los.“

Treiber war in Verückung geraten: „Bisher gehörte die Luft keinem, jetzt wird sie uns gehören. Das ist Kapitalbildung — also eine patriotische Tat für alle Länder der Welt!“

„Hören Sie weiter“, sagte Koker. „Wir treiben die Luftpreise bis an die Grenze des Möglichen. Dann verkaufen wir unser Monopol wieder an die Staaten und zahlen unsere Aktionäre aus. Und dann warten wir ein paar Jahre, bis die Staaten wieder in Schwierigkeiten sind und kaufen von unserem Gewinn das Monopol wieder zurück und besitzen es dann ganz allein.“

„Wir telegraphieren sofort an die Bank. Wir sehen sofort den Vertrag auf. Wir reisen mit dem nächsten Zug nach Hause.“

Der Bärenkönig und der Großindustrielle liefen aufgeregt durch den Garten aufs Kurhaus zu. Koker knöpfte sich schon unterwegs seinen gut gebügelten Sportanzug auf, um keine Zeit mit dem Umkleiden zu verlieren.

„Wann geht der nächste Zug?“ fragte Treiber den Portier des Kurhauses.

„In einer Stunde“, sagte der livrierte Mann mit ausgefuchter Höflichkeit. „Wollen Sie denn schon abreisen, meine Herren?“ Die Luft hier ist doch unübertrefflich.“

„Deshalb reisen wir ja gerade ab“, rief Treiber.

Als sie in den Fahrstuhl stiegen, um in ihre Etage zu fahren, sagte Treiber zu Koker: „Der Portier hat das sicher nicht verstanden.“

„Ja“, gab Herr Koker zur Antwort, „diese Leute verstehen meistens nichts, was wir tun — aber zu spüren bekommen sie es immer.“

PRAGER ZEITUNG.

Gerichtssaal

Die Haftung der Eisenbahn bei Ausflügertransporten in Lastwagen

Die gebrochene Planke. — Eine obergerichtliche Entscheidung.

Ein interessanter und gerade in der Zeit der Ausflüge und Erholungsfahrten aller Art aktueller Schadenersatzprozess gegen das Eisenbahnar hat dieser Tage durch obergerichtliche Entscheidung keine Erledigung gefunden, die von grundsätzlicher Bedeutung ist.

Bekanntlich werden an Sonn- und Feiertagen auf manchen Strecken Ausflugszüge aus Lastwaggons zusammengestellt. Das Ein- und Aussteigen der Passagiere erfolgt, da die Lastwagen keine entsprechenden Stufen besitzen, mit Hilfe eines Steges, einer breiten Planke, die mit einem Ende auf dem Boden aufliegt, so daß die Fahrgäste auf einer schiefen Ebene den Wagen bestiegen und verlassen. Am Mai v. J. kehrte ein solcher Ausflugszug aus Karlsstein nach Smichow zurück, wo die Passagiere in der geschickten Art auswaggonierten. Eine junge Frau, Anna Jelenka, eine Büroangestellte, die mit einigen Freundinnen an dem Ausflug teilgenommen hatte, verließ als eine der letzten den Waggon. Als sie sich auf dem Steg befand, brach dieser mitten durch und Frau Jelenka stürzte auf das Steinpflaster des Bahnhofes. Sie erlitt durch den Sturz eine schwere Rückgratverletzung, Brüche zweier Wirbel und eine Gelenkverletzung. Die Verunglückte mußte fünf Wochen im Krankenhaus liegen und hatte an den Folgen ihrer schmerzhaften Verletzungen längere Zeit zu leiden.

Da die Eisenbahnverwaltung jeden Schadenersatz ablehnte, brachte Frau Jelenka die Schadenersatzklage ein, die von Dr. Bas vertreten wurde. Die Eisenbahn bestritt jede Haftpflicht, da es sich um keinen schadenersatzpflichtigen Betriebsunfall im Sinne des Eisenbahnschadenersatzgesetzes handelte. Ferner wies sie sich auf die bekannte Undiszipliniertheit des Publikums, das bei solchen Anlässen eigenmächtig und ohne auf das Bahnpersonal zu warten, die Stege auslege und beim Aussteigen sich dränge und raufe. Das Publikum trage also an solchen Unfällen selbst die Schuld. Die erste Instanz, schloß sich dieser Ansicht an und wies die Klage kostenpflichtig ab. Auch das Obergericht als Berufungsinstanz war der gleichen Meinung, worauf die klagende Partei Revision an das Oberste Gericht einbrachte.

Das Oberste Gericht hat die Urteile der beiden unteren Instanzen aufgehoben und der Klage stattgegeben. In der Begründung wird ausgeführt, daß der Unfall durch eine im normalen Betrieb ungewöhnliche Vorsehrung verursacht wurde. Wenn sich die Bahn einer solchen bediene, übernehme sie auch die Verpflichtung, alle Maßregeln zu treffen, welche die Sicherheit der Fahrgäste gewährleisten und habe eventuelle Folgen zu vertreten. Sie habe auch mit der bei solchen Anlässen üblichen Nervosität des Publikums rechnen und auch in dieser Richtung entsprechend vorzusehen müssen. Daß dies nicht in ausreichender Weise geschehen sei, beweise das Faktum des geschehenen Unfalls. Daher sei die Bahn zur Gutmachung des Schadens verpflichtet.

dürfe nicht Geschäfte mit der nationalen Erzeugung treiben, man müsse diese hohen Ideen nur von bewussten Leuten darstellen lassen; und also kam es zur Gründung der deutschen Filmkunst mit einem Kapital von 20 Millionen Mark zwecks Finanzierung des neuen Films. Weder die Befreiung des Volkes noch die Brechung der Finanznotwendigkeit wird den Film beschleunigen: die Verzinsung der Bank und ihres Kapitals ist heute Deutschlands Hauptproblem und Goebbels, der Reichsleiter, Altpolitik, kann voll Ziels für folgende Reklamen verantwortlich zeichnen: „Kur einmal im Leben“, hirtendes Werk Deutschlands, inszeniert vom Juden Reufeld, „Das Lösegeld“, ein Sensationsdrama von Rudolf Klein Rogge, „Leise fliehen meine Lieder“, Produktion des Erzarrators Rabinowitsch, „Meine Schwester und ich“, Regie Karl Haril, mit den „Erzfeinden Franzosen“ Albert Frejcan und der Marie Belle, „Der Walzerkrieg“, Regie Hillers Kassenparadestück Dr. L. Berger. Und die Ufa, stets allen voran (im Judenbinaus-) und Marxisten-schmeißen wie auch Neuanbau) lüftet eine Reihe von Filmen an, die „in den schönsten Gegenden spielen“ und voll „sind von Humor, Mut und Schönheit“. Weil wir bei der Schönheit sind, so seien „Die schönen Tage von Kranzuej“ an erster Stelle genannt, mit jener Brigitte Helm, deren Mitwirkung an „Silbi, eine von uns“ nicht mehr erwähnt wird, ferner „Der Stern von Basencia“ von den Juden Eis und Kaiser, Regie Zeisler, „Amor an der Schnur“, Regie Kurt Gerron, den man aus dem Atelier hinausgeworfen hatte, „Die Liebe des jungen Prinzen“ und „Florian Geher“, von dem uns die Ufa verkündet, daß er nichts, aber auch gar nichts mit dem Drama Hauptmanns gemein haben würde.

Und während so Goebbels, der Oberde, das Ausland beruhigt mit der Versicherung, daß auch das Hakenkreuz verdienen muß, eben an Stelle jener Juden und Marxisten, deren Plage jetzt eingenommen werden, geht die nationale Produktion weiter, allerdings mit Bankfinanzierung und sichtlich aufgebaut auf jenen Geldern, die das autgläubige Ausland für obengenannte Geschäftsfilme zu zahlen hätte: „SA-Mann Brand“, „Hilferjunge Ducej“, „Danzig wird national“, „Verdun, wie es ein Deutscher sieht“, „Donaumont“, ein Heldentum aus dem großen Krieg, „Ein Lied geht um die Welt“ (nämlich das Horst-Wessellied), das sind die Filmengattungen für den deutschen Hausgebrauch. Diese zu finanzieren, wird das Ausland und auch der erwachte Deutsche selbst aufgerufen mit Werken, die noch vor wenigen Wochen für Goebbels'sche Trommelfestemphindlichkeit so unumgänglich waren, daß man nicht einmal darüber reden durfte. Das Filmhakenkreuz ist eben zutiefst eithisch und edel: keine Produkte werden, auch wenn sie also getarnt ins Ausland kommen sollten, mit der gebührenden Markte gewürdigt werden. Denn ihr Zweck ist nicht Kunst, Kultur, oder sei es auch Geldverdienst, sondern die Finanzierung von „Donaumont“, „Verdun“ Walter Lustig.

Kunst und Wissen

„Zulu“ von Franz Wedekind (autorisierte Bearbeitung von Wedekinds „Edgjeit“ und „Büchse der Pandora“ von Otto Haldenbrand), Dienstag, Erstaufführung. Inszenierung: Sellner a. S. Titelfolle: Rut Jacobsen vom Deutschen Theater Berlin a. S. Diese Inszenierung umfaßt auch eine größere Anzahl von Wedekind-Chansons mit Kompositionen des Dichters. Bühnenbilder nach Entwürfen von Otto Reigbert, Köln, der auch die Bühnenbilder der Münchener Erstaufführung entwarf. Projektionen nach Franz Masereel und Otto Reigbert. (A 1.)

Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters. Freitag, 18 Uhr: „Aida“, Gastspiel Reihberg-Brauzell (D 2). — Samstag, 18 Uhr: „Hosemanns Schöne“, Ensemblegastspiel Bressart (A 1).

Wochenplan der Kleinen Bühne. Freitag, 8 Uhr: „Fabian, der Elefant“. — Samstag, 18 Uhr: Holländer-Revue: „Höchste Eisenbahn“, Erstaufführung.

Sport • Spiel • Körperpflege

Was kostet ein erstklassiger Fußball-Stürmer?

Diese Frage beantwortete vor kurzem ein Berichterstatter einer bürgerlichen Zeitung in einer Betrachtung über die 1:0-Niederlage des TSK. in Komotau wie folgt:

Es scheint, daß die Frage eines schußkräftigen Stürmers für den Teplitzer FK zu einer Existenzfrage sich zuspitzen wird. Uebrigens verstehen wir die Handlungsweise der Führung nicht, da sich doch das Engagement eines schußkräftigen Stürmers in einem einzigen Spiele ganz oder teilweise amortisieren würde. Man braucht sich nur folgendes Rechenexempel zu überlegen: Heute ist ein erstklassiger Stürmer schon um 10.000 Ka zu haben. Ein einziger solcher Stürmer wäre sicher in Stande, in Teplitz 500 Leute mehr auf den Platz zu locken, so daß diese Mehrerlöse schon fast eine gänzliche Tilgung dieser Auslage bedeutet und der Wert des Spielers überdies dem Verein weiterhin verbleibt.

Man erzieht daraus, daß nicht nur die Strümpfe und die Kartoffeln, sondern auch die Fußballer in dieser Krisenzeit billiger geworden sind. Ein erstklassiger Stürmer ist jetzt schon um 10.000 K zu haben, eine Bagatelle, die durch ein einziges Fußballweitspiel amortisiert werden kann, wobei der Wert des Spielers außerdem noch dem Verein verbleibt. Alles ist schließlich eine Existenzfrage, sowohl für den Spieler, der für die Tilgung der Auslage, die er dem Verein verursacht hat, aufkommen muß, indem er Leute anlockt, wie auch für die Geschäftshaber des bürgerlichen Sports, der, wie ein einfaches Rechenexempel besagt, mit Körperkultur längt nichts mehr zu tun hat.

Aus dem Deutschland der braunen Hunnen. Aus den dem Arbeiterturn- und Sportbund gehörenden Häusern wurden nunmehr auch die Bundesvorstandsmitglieder aus den Wohnungen vertrieben, die sie durch ihre Wirksamkeit mit geschaffen haben. — Der Reichssportkommissar betreibt weiterhin energisch die Militarisierung des gesamten deutschen Sports und die wehrsportliche Erziehung zu Kriegszwecken.

Der Weltarbeitertag wurde bereits in Norwegen und Finnland durchgeführt. In Oslo gab es einen Demonstrationsszug von 10.000 Arbeitern. Auch in Finnland war die Teilnahme sehr stark, besonders aber in Helsinki und Turku.

Das Jubiläumfest der ungarischen Arbeitersportler, das am 17. und 18. Juni in Budapest stattfindet, wird auch Arbeitersportler aus Oesterreich (Sonderzug aus Wien), der Tschechoslowakei (T.S.) und Rumänien an den Start bringen, die das reichhaltige Sportprogramm sehr beleben werden.

Vereinsnachrichten



Ortsgruppe Prag. Zusammenkunft 6 Uhr Braniser Bahnhof, führt in die Stromschnellen. Führer Zechner. Legitimationen!

Literatur

Josef Maria Franz: „Keine Angst vor morgen.“ Der Roman einer Kameradschaft. Ueberlitas, Deutsche Verlags-Ges., Berlin W 50. Pappband RM. 1.80, in Leinen RM. 4.80. Zwei junge Menschen, Ellen und Jim, 1932 in Berlin, scheinen es gut zu haben. Ellen hat ihre Stellung als Dienstmädchen, Jim, der Werkstudent verdient sein Geld in einer Garage. Die beiden begegnen sich, müssen aber auseinander, ohne sich gefunden zu haben, und als der Zufall sie wieder zueinander wirft, geht es ihnen nicht mehr gut. Die Arbeitslosigkeit hat auch sie gepackt, sie haben kein Einkommen, sie können beide ihre möblierten Zimmer nicht mehr halten. Doch sie lassen sich nicht unterkriegen, sie ziehen zusammen hinaus in die Zellsolonie am Müggelsee und da werden sie aufgenommen in die große Kameradschaft der Stempelbrüder, wo sie, dank der Kameradschaft, neue Lebensmöglichkeiten finden. — Franz gelingt es zum erstenmal, in diese eigentümliche Welt der Arbeitslosen hineinzuweisen, die alle äußere Bequemlichkeit verloren haben, die aber ein ganz neues Lebensglück in ihrem einfachen naturnahen Leben finden. Der erste lebensbejahende, zukunfts-gläubige, optimistische Arbeitslosenroman! Die Rote unserer Zeit werden nicht verkennen, aber Franz zeigt sentimentalitätslos, mit erfrischendem Humor, daß der Einzelmensch bereits eine „Arbeitslösung“ gefunden hat: den rettenden Weg in die schicksalverbindende Gemeinschaft.

In das Heim des Klassenbewußten Arbeiters gehört d. Zentralorgan der Deutschen sozialdemokr. Arbeiterpartei — „Sozialdemokrat“ —

Unser Blatt der „Sozialdemokrat“ ist in Prag in folgenden Verkaufsstellen zu haben:

- Bahnhofsbuchhandlung, Wilsonbahnhof, Masarykbahnhof, Denisbahnhof.
- Barták, Trafik, Prag II., Týnský 2.
- Barok Hugo, Trafik, Prag I., Staroměstské nám. 22.
- Hodrova, Trafik, Smichov, nábř. legii 13.
- Jelinkova, Trafik, Nusle II., Mostná domy „Reformy“.
- Kotlyza Jan, Trafik, Smichov, Zborovská tř. 15.
- Krausova A., Trafik, Karlín, Královská 14.
- Krejčík A., knihkupectví, Prag-Lieben, Královská 1511.
- Kroupa Jindř., Trafik, Prag II., Rašínovo nábř., stánek 114.
- Löwensohn Karl, Trafik, Prag II., Nekazanka 8.
- Mareš Josef, knihkupectví, Prag-Bubeneč, ul. Dr. Bráfa 24.
- Monik, Trafik, Prag I., Parlament.
- Mráček, Trafik, Prag I., Josefská tř., stánek 127.
- Mráz Jan, Smichov, Radlická tř. 43.
- Orblis A.-G., Zeitungsvertrieb, Praha XII., Fochova tř. 62.
- „Praga“, Zeitungsvertrieb, Prag II., Havlíčkovo nám. 23.
- Sedláček Václav, Trafik, Dejvice, Svecova.
- Skrabkova Anna, Trafik, Dejvice, Henerovy úřednické domy 280.
- Strouhal Artur, Trafik, Prag III., Mostecká 48.
- Tausig E., Zeitungsvertrieb, Prag II., Václavské nám. 45.
- Ungermann Rudolf, Prag II., Panská bei Palasthotel.
- Ustřední dšn. knihkupectví, Svěcený, Prag II., Hybernská 7.
- Zemann, Trafik, Prag I., Perátný.
- Fonál, Zeitungsvertrieb, Prag II., Smečky 8-10.
- Und bei Straßenverkäufern: Wenzelsplatz — Městské — Masarykbahnhof — Wilsonbahnhof.

Kinderfreunde Prag.

Der Kindertag findet nicht am Sonntag, den 18. Juni statt, sondern am Sonntag, den 25. Juni auf dem Platz der D. T. J. am Pohorelec.

Sonntag, den 18. Juni Tagesausflug nach Zbraslav. Zusammenkunft um neun Uhr vormittags bei der Endstation der 2ter Linie in Hodkowitz.

Lied der „Zwölf unterwegs“.

Von Peter Runt.

Zu fliegen an Straßenecken, in Kaba-reits und Schaustätten jenseits der deutschen Grenzen.

In Nacht und Nebel, den Hut im Gesicht, Durch Dörfer und Städte und Stragen, Ein Hemb auf dem Leib und im Rucksack den Hah, So haben wir Deutschland verlassen. Ich bin aus Frankfurt, und ich aus Berlin. Ich wollte nach Zürich, und ich nach Wien. Zwölf unterwegs, die nicht fragen wohin, Zwölf unterwegs durch Europa zieh'n.

Wir sind die Soldaten der großen Armees, Die sich sammelt, um weiterzukämpfen, Wir sind die Besiegten von gestern und je, Wir kämpfen für eine Menschheitsidee Und für die Gesellschaft von morgen. Mit uns ist die Zukunft, mit uns ist der Geist Von Goethe und Lessing und Herder und Kleist Ueber die Grenzen gegangen. Zwölf unterwegs und Millionen zu Haus, Die halten es nicht mehr in Deutschland aus, Die schmeißen den ganzen Krempel hin, Zwölf unterwegs durch Europa zieh'n.

Herunter die Maske, herunter den Bart, Wir wollen nicht länger krepieren. Wir zeigen euch heute, wie Deutschland erwacht, Wir ruhen es laut in die dunkelste Nacht Und spielen, was die uns soufflieren. Ich bin Gelehrter und ich Profet. Mich hat man mißhandelt, und mich geschmäht, Zwölf unterwegs, verfolgt und bespiet, Zwölf unterwegs durch Europa zieh'n.

Und wenn auch für uns die Stunde schlägt, Und die Stunde ist nicht mehr fern, Dann heben wir uns von der Erde auf, Dann sind wir nicht Knechte mehr sondern Herr'n Und räumen in Deutschland auf. Dann komm ich aus Zürich, und ich aus Wien, Dann fahr ich nach Frankfurt, und ich nach Berlin. Zwölf unterwegs, die wissen wohin, Zwölf unterwegs durch Europa zieh'n.

Das sind die Soldaten der großen Armees, Die sich sammelt, um weiterzukämpfen, Das sind die Sieger von gestern und je, Sie kämpfen für eine Menschheitsidee Und für die Gesellschaft von morgen. Und wenn auch die Zukunft, und wenn auch der Geist Von Goethe und Lessing und Herder und Kleist Ueber die Grenzen gegangen — Zwölf unterwegs und Millionen zu Haus, Die wollen nun nicht mehr aus Deutschland raus,

Die ballen die Faust und machen nicht schlapp, Zwölf unterwegs. Wir rechnen ab!

Der Vertrauensmann

leitet die

Tribüne

Monatsschrift

für Arbeiterpolitik und Arbeiterkultur.

Die „Tribüne“ unterrichtet den sozialistischen Vertrauensmann über die aktuellen Probleme des internationalen Sozialismus, der Ökonomie und der Kulturpolitik. Jahresbezug 40 Kd., vierteljährlich 10 Kd., Einzelhefte 4 Kd. Bestellungen durch den Vertrauensmann, die Schriftenabteilung, Volksbuchhandlung oder direkt durch die Verwaltung in Prag II., Nekazanka 18.

KINO-PROGRAMM

vom 16. Juni bis 22. Juni 1933.

Wran-Urania-Kino Einziges deutsches Kino Prag. 1976 191 10.120

„Mensch ohne Name“

Wo verkehren wir? Café „Continental“, Prag, Graben

Gastwirtschaft LIDOVÝ DŮM (Gen. Wilhelm Opava) Täglich Konzert. PRAG II., Hybernská Nr. 7.